



Strategischer Plan des Polizeidepartements

2009 – 2013

Ob und allenfalls wie sich der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA oder die weltweite Finanzkrise auf die Sicherheitslage in der Stadt Zürich auswirken, steht zurzeit noch nicht fest. Antworten auf diese Fragen sind bestenfalls im Nachhinein möglich.

Das Umfeld, in dem sich der siebte Strategische Plan des Polizeidepartements zugrunde liegt, ändert sich nicht jedes Jahr umfassend oder mehrheitlich. Es braucht aber jährlich eine Überprüfung, da gewichtige Einzelereignisse durchaus einen enormen Einfluss haben können auf die Sicherheit und die Stabilität unserer Gesellschaft. Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld müssen deshalb rechtzeitig erkannt und berücksichtigt werden. Konkrete Risiken, denen eine Gesellschaft ausgesetzt ist – von unheilvollen Naturereignissen, die grossen Schaden anrichten können, von Stromausfällen oder Epidemien bis hin zu möglichen Terroranschlägen, aber auch risikoreichem Alkohol- und Betäubungsmittelkonsum, Raserei oder Jugendgewalt etc. – werden analysiert bezüglich ihrer Eintretenswahrscheinlichkeit und dem Ausmass eines möglichen Schadens. Um nach all den Jahren strategischer Planung nicht zu riskieren, träge zu werden bei der Abschätzung des Gefahrenpotentials oder bei der Einschätzung von sicherheitsrelevanten Einflüssen auf unsere Gesellschaft, werden wir die Umfeldanalyse auf den achten Strategischen Plan hin von Grund auf neu erarbeiten. Im Polizeidepartement gehört es zu den Kernaufgaben, dass eine umfassende Sicherheit der gesamten Bevölkerung gleichermassen zugute kommt und dass die gesellschaftliche Stabilität keinen Schaden erleidet. Dafür setzen wir uns ein, denn wir sind uns bewusst, dass unser Wirken die Lebensqualität in unserer Stadt ganz massgeblich beeinflusst. Wir sind uns aber auch bewusst, dass wir gesellschaftliche Stabilität, Sicherheit und Lebensqualität nur erreichen können, wenn wir optimal vernetzt sind mit andern Beteiligten, städtischen und kantonalen Institutionen, dem Bund, Privaten, aber vor allem auch mit der Bevölkerung selbst, und wenn diese Zusammenarbeit reibungslos funktioniert. Deshalb gehören zu unserem Strategischen Plan auch das städtische Leitbild und die Auflistung der Führungsgrundsätze als wichtigste Bestandteile unserer Unternehmenskultur: Es geht eben nicht nur darum, was wir tun und leisten, sondern auch wie wir unsere Ziele erreichen.

Die wirkliche Qualität eines Gemeinwesens oder einer Gesellschaft zeigt sich im Umgang dieser Gesellschaft mit ihren schwächsten Mitgliedern. Ob im Verkehr, ob in Rechtsverfahren oder beim Einsatz von Schutz und Rettung oder der Stadtpolizei: Wir tragen unseren Teil bei zu einer Qualität, auf die wir alle stolz sein dürfen.



Stadt Zürich
Polizeidepartement

Strategischer Plan des Polizeidepartements

2009 – 2013

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Departementsvorsteherin	9
1 Das Polizeidepartement	15
1.1 Organisation	15
1.2 Aufgaben	15
1.2.1 Departement	15
1.2.2 Departementssekretariat	16
1.2.3 Stadtpolizei	17
1.2.4 Schutz & Rettung	19
1.2.5 Dienstabteilung Verkehr	21
1.2.6 Stadtrichteramt	23
1.3 Standorte mit Publikumskontakt	24
1.4 Kennzahlen 2007	26
2 Analyse des Umfeldes	29
2.1 Politisches und rechtliches Umfeld	29
2.2 Demographisches und soziales Umfeld	30
2.3 Risikobeurteilung	
(Naturereignisse, zivilisationsbedingte Ereignisse, Kriminalität)	31
2.4 Mobilität und Freizeitverhalten	32
2.5 Technologisches Umfeld	33
2.6 Wirtschaftliches und finanzielles Umfeld	34
3 Vision	37

4	Mission	41
4.1	Identifikation: Wir arbeiten für Zürich	41
4.2	Zusammenarbeit: Wir sind ein Team	42
4.3	Kundenorientierung: Wir sind dienstleistungsbewusst	42
4.4	Glaubwürdigkeit: Wir sind vertrauenswürdig	43
4.5	Verantwortung: Wir sind initiativ	43
4.6	Innovation: Wir sind offen für Neues	44
4.7	Führung: Wir sind Vorbild	44
5	Strategie Polizeidepartement	47
5.1	Strategische Schwerpunkte des Polizeidepartements	48
5.1.1	Bevölkerung/Kundschaft	48
5.1.2	Prozesse	48
5.1.3	Mitarbeitende	49
5.1.4	Finanzen	50
5.2	Strategische Projekte des Polizeidepartements	51
5.2.1	«Langstrasse Plus»	51
5.2.2	«Rotlicht – Prostitution und Menschenhandel»	51
5.2.3	Mitarbeit im Projekt auf Stufe Stadtrat, Legislatorschwerpunkt 3: «Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit und Sicherheit»	51
5.2.4	Mitarbeit im Projekt auf Stufe Stadtrat, Legislatorschwerpunkt 5: «Stadt Zürich kundenorientiert, initiativ und kompetent – Teilprojekt Normenabbau»	51
5.2.5	Einführung des neuen digitalen Funknetzes «POLYCOM»	52
5.2.6	Polizeiwissenschaften Zürich	52
5.2.7	Polizeischule Zürich	52
5.2.8	Ausbildungszentrum Rohwiesen	53
5.2.9	«ELZ-ZH 2011»	53
5.3	Jahresziele 2009 des Polizeidepartements	54
5.3.1	Bevölkerung/Kundschaft	54
5.3.2	Prozesse	54
5.3.3	Mitarbeitende	55
5.3.4	Finanzen	55
5.4	Jahresziele 2009 des Departementssekretariats	56
5.4.1	Bevölkerung/Kundschaft	56
5.4.2	Prozesse	56
5.4.3	Mitarbeitende	57

6	Strategie Stadtpolizei	61
6.1	Strategische Schwerpunkte der Stadtpolizei	61
6.1.1	Bevölkerung/Kundschaft	61
6.1.2	Prozesse	62
6.1.3	Mitarbeitende	62
6.1.4	Finanzen	63
6.2	Strategische Projekte der Stadtpolizei	64
6.2.1	Projekt «UP 4»: Aufnahme, Visualisierung und Neudefinierung der Kernprozesse	64
6.2.2	Entwicklungsgebiete: Auswirkungen auf die Polizeiarbeit (Zürich-Nord und Zürich-West)	64
6.2.3	Räumliche Masterplanung: Mittel- und langfristige Planung und Bereitstellung der baulichen Infrastruktur	64
6.2.4	Projekt «KALA»: Optimierung der Doktrinbausteine Stapo 200X in der Grundversorgung	64
6.2.5	Betriebliche Gesundheitsförderung	65
6.3	Jahresziele 2009 der Stadtpolizei	65
6.3.1	Bevölkerung/Kundschaft	65
6.3.2	Prozesse	65
6.3.3	Mitarbeitende	66
6.3.4	Finanzen	66
7	Strategie Schutz & Rettung	69
7.1	Strategische Schwerpunkte von Schutz & Rettung	69
7.1.1	Bevölkerung/Kundschaft	69
7.1.2	Prozesse	70
7.1.3	Mitarbeitende	70
7.1.4	Finanzen	71
7.2	Strategische Projekte von Schutz & Rettung	71
7.2.1	Medizinische Notfall-Plattform	71
7.2.2	Sicherheit für Senioren	71
7.2.3	Umbau ELZ Nord und Zusammenführung der beiden ELZ («ELZ-ZH 2011»)	71
7.2.4	Standortstrategie	72
7.3	Jahresziele 2009 von Schutz & Rettung	72
7.3.1	Bevölkerung/Kundschaft	72
7.3.2	Prozesse	72
7.3.3	Mitarbeitende	73
7.3.4	Finanzen	73

8	Strategie Dienstabteilung Verkehr	77
8.1	Strategische Schwerpunkte der Dienstabteilung Verkehr	77
8.1.1	Bevölkerung/Kundschaft	77
8.1.2	Prozesse	77
8.1.3	Mitarbeitende	78
8.1.4	Finanzen	78
8.2	Strategische Projekte der Dienstabteilung Verkehr	79
8.2.1	Trendscanning	79
8.2.2	Verkehrscontrolling/wirkungsorientierte Prüfung verkehrstechnischer Massnahmen	79
8.2.3	Verkehrstechnische Abstimmung Agglomeration und Stadt Zürich; Verkehrsmanagement im Verbund mit den Nachbargemeinden	79
8.2.4	Leitung der stadinternen Expertengruppe Verkehrsmanagement	80
8.3	Jahresziele 2009 der Dienstabteilung Verkehr	80
8.3.1	Bevölkerung/Kundschaft	80
8.3.2	Prozesse	80
8.3.3	Mitarbeitende	81
8.3.4	Finanzen	81
9	Strategie Stadtrichteramt	85
9.1	Strategische Schwerpunkte des Stadtrichteramts	85
9.1.1	Bevölkerung/Kundschaft	85
9.1.2	Prozesse	85
9.1.3	Mitarbeitende	86
9.1.4	Finanzen	86
9.2	Strategische Projekte des Stadtrichteramts	87
9.2.1	«Verlustscheinbewirtschaftung»	87
9.3	Jahresziele 2009 des Stadtrichteramts	87
9.3.1	Bevölkerung/Kundschaft	87
9.3.2	Prozesse	87
9.3.3	Mitarbeitende	89
9.3.4	Finanzen	89

Vorwort der Departementsvorsteherin

Ob und allenfalls wie sich der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA oder die weltweite Finanzkrise auf die Sicherheitslage in der Stadt Zürich auswirken, steht zurzeit noch nicht fest. Antworten auf diese Fragen sind bestenfalls im Nachhinein möglich.

Die Umfeld-Analyse, die auch dem siebten Strategischen Plan des Polizeidepartements zugrunde liegt, ändert sich nicht jedes Jahr umfassend oder mehrheitlich. Es braucht aber jährlich eine Überprüfung, da gewichtige Einzelereignisse durchaus einen enormen Einfluss haben können auf die Sicherheit und die Stabilität unserer Gesellschaft. Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld müssen deshalb rechtzeitig erkannt und berücksichtigt werden. Konkrete Risiken, denen eine Gesellschaft ausgesetzt ist – von unheilvollen Naturereignissen, die grossen Schaden anrichten können, von Stromausfällen oder Epidemien bis hin zu möglichen Terroranschlägen, aber auch risikoreichem Alkohol- und Betäubungsmittelkonsum, Raserei oder Jugendgewalt etc. – werden analysiert bezüglich ihrer Eintretenswahrscheinlichkeit und dem Ausmass eines möglichen Schadens. Um nach all den Jahren strategischer Planung nicht zu riskieren, träge zu werden bei der Abschätzung des Gefahrenpotentials oder bei der Einschätzung von sicherheitsrelevanten Einflüssen auf unsere Gesellschaft, werden wir die Umfeldanalyse auf den achten Strategischen Plan hin von Grund auf neu erarbeiten.

Im Polizeidepartement gehört es zu den Kernaufgaben, dass eine umfassende Sicherheit der gesamten Bevölkerung gleichermaßen zugute kommt und dass die gesellschaftliche Stabilität keinen Schaden erleidet. Dafür setzen wir uns ein, denn wir sind uns bewusst, dass unser Wirken die Lebensqualität in unserer Stadt ganz massgeblich beeinflusst. Wir sind uns aber auch bewusst, dass wir gesellschaftliche Stabilität, Sicherheit und Lebensqualität nur erreichen können, wenn wir optimal vernetzt sind mit andern Beteiligten, städtischen und kantonalen Institutionen, dem Bund, Privaten, aber vor allem auch mit der Bevölkerung selbst, und wenn diese Zusammenarbeit reibungslos funktioniert. Deshalb gehören zu unserem Strategischen Plan auch das städtische Leitbild und die

Auflistung der Führungsgrundsätze als wichtigste Bestandteile unserer Unternehmenskultur: Es geht eben nicht nur darum, was wir tun und leisten, sondern auch wie wir unsere Ziele erreichen.

Die wirkliche Qualität eines Gemeinwesens oder einer Gesellschaft zeigt sich im Umgang dieser Gesellschaft mit ihren schwächsten Mitgliedern. Ob im Verkehr, ob in Rechtsverfahren oder beim Einsatz von Schutz und Rettung oder der Stadtpolizei: Wir tragen unseren Teil bei zu einer Qualität, auf die wir alle stolz sein dürfen.

Stadträtin Esther Maurer

Der vorliegende Strategische Plan des Polizeidepartements ist bereits der siebte seiner Art.

Gegenüber seinen Vorgängern haben sich der Aufbau und die Gestaltung massvoll verändert, ohne dass die Vergleichbarkeit darunter leidet. Vor allem wird deutlicher unterschieden zwischen strategischen Schwerpunkten (abgeleitet aus der Umfeldanalyse und der Mission), strategischen Projekten und Zielen für das Folgejahr. Die Schwerpunkte und Ziele werden kategorisiert gemäss den Strukturen der «Balanced Scorecard» (Führungsinstrument zur Ausrichtung der Organisation an strategischen Zielen in unterschiedlichen Perspektiven, nämlich Bevölkerung/Kundschaft, Prozesse, Mitarbeitende, Finanzen). Ergänzt wurde der Plan mit einer kurzen Vorstellung der Organisation und der Aufgaben des Polizeidepartements und seiner Dienstabteilungen.

Der Strategische Plan wurde wiederum in einem kaskadenartigen System erarbeitet. Die Dienstabteilungen legten auf ihrer Stufe die strategischen Schwerpunkte und strategischen Projekte fest. Selbstverständlich ist die Planung des Departements abgestimmt auf den gesamtstädtischen Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP).

Die konsolidierte Fassung des Strategischen Plans 2009–2013 wurde am 11. Dezember 2008 von der Geschäftsleitung des Polizeidepartements (GL PD)¹ verabschiedet. Der Strategische Plan ist in erster Linie ein Werkzeug für die Planung, bis hinunter zum Zielvereinbarungsgespräch mit den einzelnen Mitarbeitenden im Rahmen des ZBG²-Prozesses. Zudem bildet er im Rahmen des departementinternen Controllings auch die Basis für die Berichterstattung. Der Strategische Plan wird das Jahr hindurch mittels eines trimessterweise erfolgenden Reportings auf seine Umsetzung überprüft.

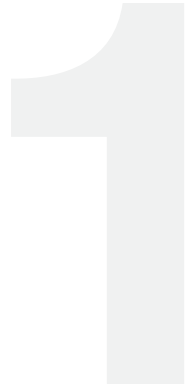
¹ Bestehend aus der Departementsvorsteherin, den Chefs der vier Dienstabteilungen, den beiden Departementssekretären und dem Kommunikationsleiter des Polizeidepartements.

² Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräch.

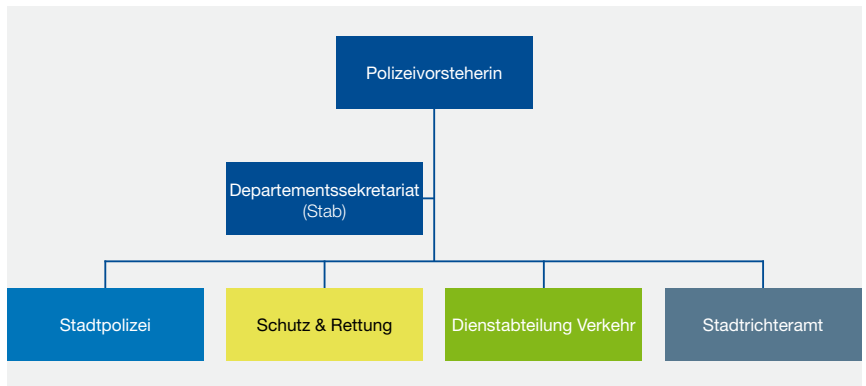
Das Polizeidepartement



Das Polizeidepartement



1.1 Organisation



Organigramm des Polizeidepartements

1.2 Aufgaben

1.2.1 Departement

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Kernaufgaben des Polizeidepartements werden laufend zusätzliche Schwerpunktprojekte erarbeitet, um kontinuierlich und gezielt auf die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung eingehen zu können.

Die Projektierung und Umsetzung der Massnahmen erfolgt entsprechend ihren Anforderungen interdisziplinär und departementsübergreifend. Sicherheit als Grundlage einer toleranten und freien Gesellschaft ist eines der zentralen Anliegen. Deshalb setzt sich das Polizeidepartement rund um die Uhr für den Schutz und die Sicherheit der Zürcher Bevölkerung ein. Dem Polizeidepartement sind die Dienstabteilungen Stadtpolizei, Schutz & Rettung und Verkehr sowie – administrativ – das Stadtrichteramt unterstellt.

Geleitet und koordiniert werden diese Dienstabteilungen von der Departementsvorsteherin, dabei stehen ihr in der Departementsleitung die beiden Departementssekretäre und der Kommunikationsleiter beratend, koordinierend und organisierend zur Seite.

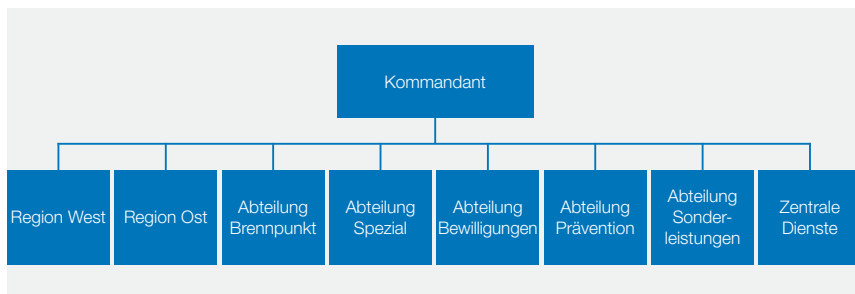
Die Departementsleitung legt zusammen mit den vier Dienstchefs in der wöchentlich tagenden Geschäftsleitung die strategisch bedeutsamen Punkte und Zielvorgaben fest.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/pd

1.2.2 Departementssekretariat

Zentrale Aufgabe des Departementssekretariats ist es, die Departementsvorsteherin bei ihrer Geschäftsführung zu unterstützen. Als Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung hat das Departementssekretariat beide Interessen im Auge zu behalten und den Ausgleich zu suchen. Die breite politische Thematisierung städtischer Anliegen in der Sicherheitspolitik soll mit einer transparenten, sachlichen und aktiven Kommunikation unterstützt werden.

1.2.3 Stadtpolizei



Organigramm der Stadtpolizei

Auf dem Gebiet der Stadt Zürich sind zwei Polizeikorps tätig: Die Kantonspolizei Zürich und die Stadtpolizei Zürich. Die Aufgabenteilung zwischen den beiden Polizeikorps ist im Polizeiorganisationsgesetz vom 29. November 2004 geregelt. Im sicherheitspolizeilichen Bereich handelt die Stadtpolizei ohne Einschränkungen. Im kriminalpolizeilichen Bereich stellt sie die Grundversorgung sicher. Dazu zählen zur Bewältigung stadtspezifischer Kriminalität auch die Verfahren im Zusammenhang mit der Betäubungsmittelszene, den Kinder- und Jugendproblemen und dem Sexualmilieu. Auch in den weiteren kriminalpolizeilichen Belangen erfolgt die Erstaufnahme immer durch die Stadtpolizei. Wenn es sich zeigt, dass ein komplexer Strafrechtsfall vorliegt, wird er der Kantonspolizei übergeben. Zur Erfüllung der polizeilichen Grundversorgung wurden zwei Polizeiregionen (Region West und Region Ost) gebildet. Damit die sicherheitspolizeilichen und die kriminalpolizeilichen Aufgaben im Verbund gelöst werden können, verfügen beide Regionen sowohl über sicherheits- als auch kriminalpolizeiliche Elemente.

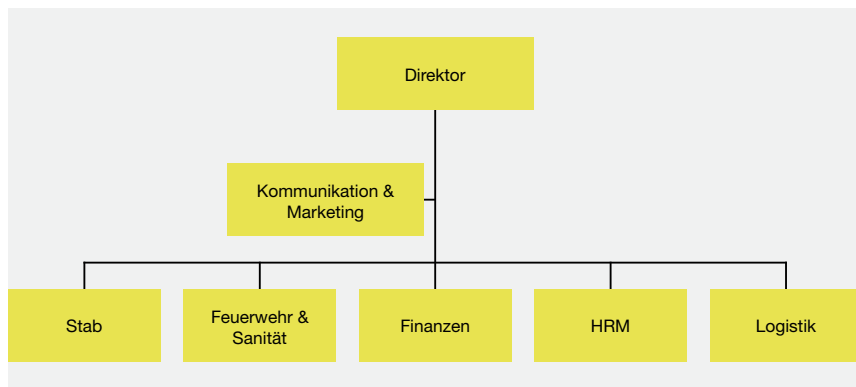
Die beiden Regionen werden durch weitere Abteilungen unterstützt. Wenn in der Stadt Zürich Brennpunkte (z.B. lokale Drogenszenen) entstehen, wird die Abteilung Brennpunkt dort so lange überlagert eingesetzt, bis der betreffende Quartierteil wieder der Grundversorgung zurückgegeben werden kann. Die Abteilung Spezial verfügt über Interventionskräfte zur Bewältigung besonderer Lagen. Die Abteilung Bewilligungen regelt die vorübergehende Benützung des öffentlichen Grundes (insbesondere durch Veranstaltungen) und beaufsichtigt das Gastgewerbe. Die Abteilung Prävention konzipiert die Präventionskampagnen und stellt die Verkehrsinstruktion in den Schulen sicher. Die Abteilung Sonderleistungen überwacht den ruhenden Verkehr und führt die automatischen Geschwindigkeits- und Rotlichtkontrollen durch. Die Abteilung Zentrale Dienste schliesslich stellt den internen Support sicher (Führungsunterstützung, Human Resources, Rechtsdienst sowie Logistik und Informatik).

Die Einsatzzentrale der Stadtpolizei erhält pro Jahr 154 000 Anrufe über die Notrufnummer 117. Daraus resultieren 65 000 geführte Einsätze, was durchschnittlich 178 Einsätzen pro Tag entspricht.

Die Stadtpolizei Zürich arbeitet eng mit anderen städtischen Diensten, insbesondere mit dem Sozialdepartement, dem Gesundheits- und Umweltdepartement sowie dem Schul- und Sportdepartement zusammen. Namentlich die Erfahrungen mit der damaligen offenen Drogenszene in den 1990er-Jahren haben gezeigt, dass gesellschaftliche Probleme in den Städten nicht mit der Polizei allein, sondern nur im Verbund mit anderen städtischen Diensten erfolgreich gelöst werden können.

Für weitere Angaben: www.stadtpolizei.ch

1.2.4 Schutz & Rettung



Organigramm von Schutz & Rettung

Schutz & Rettung (SRZ) ist die grösste zivile Rettungsorganisation der Schweiz. Unter ihrem Dach befinden sich Feuerwehr, Sanität, Zivilschutz und Feuerpolizei sowie die Einsatzleitzentralen des Kantons Zürich. Als Dienstabteilung des Polizeidepartements der Stadt Zürich ist sie Teil der Notfall- und Katastrophenorganisation von Stadt Zürich, Kanton Zürich und des Bundes. Seit dem 1. Januar 2008 sind auch die Rettungsdienste des Flughafens Zürich mit ihren Einsatzgebieten und Dienstleistungen in SRZ integriert.

Die Einsatzleitzentralen nahmen dabei im Jahr 2007 mit der Feuerwehr Notrufnummer 118 insgesamt 13 182 Anrufe aus dem gesamten Kanton Zürich entgegen. Daraus ergaben sich 4567 Einsätze. Bei der Sanitätsnotrufnummer 144 meldeten sich 63 792 Hilfesuchende aus dem ganzen Kanton Zürich (mit Ausnahme von Winterthur und Umgebung) sowie aus dem Kanton Schaffhausen und Teilen des Kantons Schwyz. Dabei wurden auf Stadtgebiet 18 144 Notfalleinsätze und 8265 Krankentransporte geleistet.

Die Sanität gewährleistet zudem den Sanitätsdienst an zahlreichen Veranstaltungen.

Die Feuerwehr leistet rund um die Uhr Hilfe nicht nur bei Bränden, sondern auch bei Personenbergungen, Tierrettungen, Öl- und Chemieunfällen, Strahlenwehr, Sturm-, Schnee- und Wasserschäden und weiteren Rettungsaufgaben. Die Berufsfeuerwehr wird unterstützt von elf Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr mit ca. 550 Angehörigen.

Der Zivilschutz der Stadt Zürich leistet Hilfe bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und Notlagen. Mit 2950 Dienstpflichtigen unterstützt er die professionellen Rettungskräfte und die Polizei, stellt Betreuungsformationen für Altersheime und Grossanlässe und führt ausserdem Patiententransporte durch.

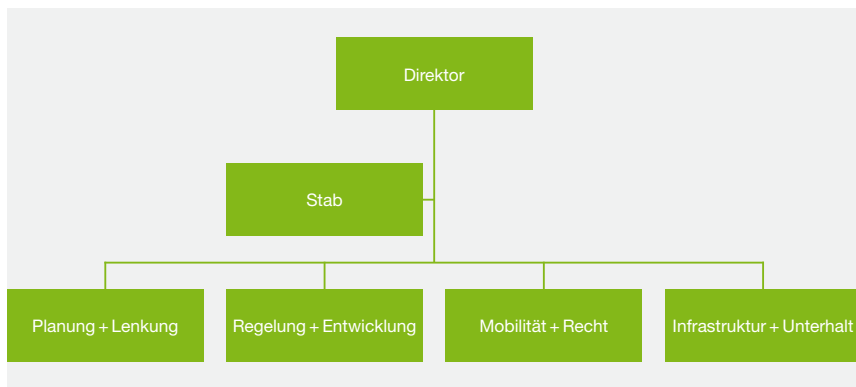
Im Ausbildungszentrum Rohwiesen in Zürich-Opfikon werden Beratungen, Schulungen

und Kurse zu Themen wie Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, präklinische Hilfe und Brandschutz angeboten. Zum Aufgabengebiet gehört zudem die Höhere Fachschule für Rettungsberufe.

Die Feuerpolizei mit ihren erfahrenen Brandschutzfachpersonen sorgt dafür, dass in Zürich brandsicher gebaut wird und auch der Brandverhütung in bestehenden Gebäuden und an Anlässen aller Art die notwendige Beachtung geschenkt wird.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/srz

1.2.5 Dienstabteilung Verkehr



Organigramm der Dienstabteilung Verkehr

Die Dienstabteilung Verkehr (DAV) ist für das Verkehrsmanagement in der Stadt Zürich zuständig und bringt die unterschiedlichsten Mobilitätsbedürfnisse unter einen Hut. Priorität genießen dabei die schwächsten Verkehrsteilnehmenden. Die DAV verhindert durch sicheres Einrichten und Bewirtschaften der Verkehrsräume Unfälle. Durch eine vernetzte Verkehrssteuerung wird der Verkehrsfluss laufend optimiert. In Notfällen können jederzeit lebensrettende Rettungs- und Interventionswege frei geschaltet werden.

Die DAV gliedert sich in vier Fachbereiche sowie drei Stabsfunktionen. Die Direktion, die Bereichs- und die Stabsleiter bilden die Geschäftsleitung.

Der Bereich Planung + Lenkung widmet sich in erster Linie der Ausgestaltung der heutigen und zukünftigen Verkehrsführung. Die Planung und die Projektierung von Verkehrsführungen und die Verkehrslenkung in der Stadt Zürich, insbesondere bei Bauvorhaben, obliegt diesem Bereich. Er erarbeitet und setzt Umleitungskonzepte um, ordnet verkehrstechnische Massnahmen an und beurteilt die Erschliessung von Hochbauprojekten.

Der Bereich Regelung + Entwicklung, zertifiziert nach ISO 9001, koordiniert den Fliessverkehr mit dynamischen Signalisationsanlagen und entwickelt, beziehungsweise fördert neue Verkehrstechnologien in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Industrie. Es werden unter Berücksichtigung der Interessen aller Verkehrsteilnehmenden neue Verkehrsregelungsanlagen projektiert und in Betrieb genommen. Regelung + Entwicklung erarbeitet auch die Software für die verkehrabhängige dynamische Steuerung der rund 400 Lichtsignalanlagen der Stadt Zürich.

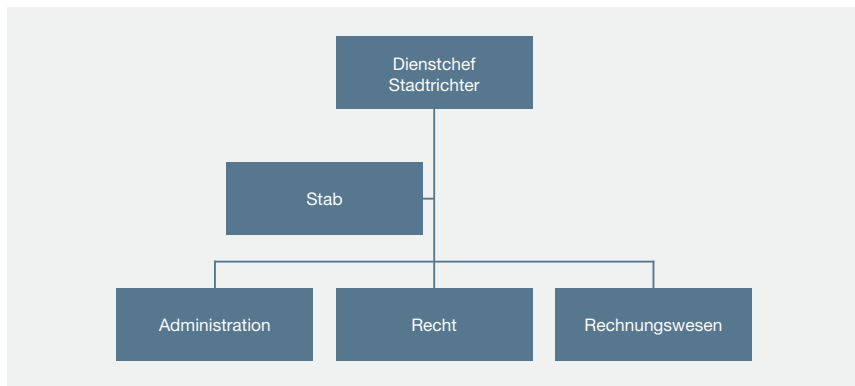
Der Bereich Mobilität + Recht setzt sich mit strassenverkehrsrechtlichen Fragen auseinander. Zudem beobachtet und analysiert er Mobilitätsentwicklungen. Seine Mitarbeitenden

bereiten die Ausführung von permanenten Verkehrsanordnungen und die Umsetzung der entsprechenden Signalisation vor. Ausserdem bewirtschaftet er die gebührenpflichtigen Parkplätze und die Blauen Zonen. Er stellt auch Sonderbewilligungen für den ruhenden Verkehr und die Zufahrt zu Sperrzonen aus. Schliesslich ist er für die Verkehrsunfallauswertung zuständig.

Der Bereich Infrastruktur + Unterhalt stellt Signalisations-, Wegweisungs- und Absperrmaterial aller Art bereit, liefert dieses an seinen Bestimmungsort und wartet es sach- und fachgerecht. Auch bei Polizeieinsätzen, (Gross-)Veranstaltungen und Umleitungen im Zusammenhang mit Baustellen werden die Mitarbeitenden dieses Bereichs tätig. Die Reinigung und die Reparatur von Signalisationsmaterial fallen ebenso in seine Zuständigkeit.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/dav

1.2.6 Stadtrichteramt



Organigramm des Stadtrichteramtes

Das Stadtrichteramt (StRA) stellt die weltweite Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Übertretungen des eidgenössischen, des kantonalen und des kommunalen Rechts sicher, die in die örtliche, sachliche und funktionale Zuständigkeit der Stadt Zürich fallen. Es sorgt für die rechtlich einwandfreie und zeitgerechte Behandlung und Erledigung dieser Übertretungsstrafverfahren sowie für eine einheitliche Rechts- und Strafpraxis. Damit gewährleistet es auf dem Gebiet der Stadt Zürich Rechtssicherheit und stärkt das Rechtsbewusstsein nicht nur der Allgemeinheit sondern auch des Individuums, indem es sowohl general- als auch spezialpräventiv wirkt. Im Rahmen dieser Aufgaben beteiligt sich das StRA an der Gestaltung von Gesetzgebung und Rechtsprechung auf kommunaler, kantonalen und nationaler Ebene und vertritt gerade auch hier die Interessen und Bedürfnisse einer urbanen Bevölkerung sowie die speziellen Anliegen einer Grossstadt. Zudem gewährt es Rechtshilfe. In der Erfüllung dieser Hauptaufgaben ist das StRA selbständig und geniesst den Schutz der richterlichen Unabhängigkeit.

Daneben gewährleistet es den Aufbau und den Betrieb eines Kompetenzzentrums für Verlustscheinbewirtschaftung für die Stadtverwaltung von Zürich. Es sorgt damit für die rechtlich einwandfreie und zeitgerechte Eintreibung der Verlustscheinforderungen der allermeisten Dienstabteilungen der Stadtverwaltung von Zürich.

Das Stadtrichteramt ist dem Polizeidepartement nur administrativ unterstellt, die Aufsicht über die richterliche Tätigkeit obliegt dem Statthalteramt.

1.3 Standorte mit Publikumskontakt

Stadtpolizei

- 1 Kommando**
Amtshaus I
Bahnhofquai 3
- 2 Regionalwache Wiedikon**
Zür Lindenstrasse 87
- 3 Regionalwache Aussersihl**
Militärstrasse 105
- 4 Regionalwache Industrie**
Fabrikstrasse 1
- 5 Regionalwache City**
Bahnhofquai 3
- 6 Regionalwache Oerlikon**
Gubelstrasse 1
- 7 Quartierwache Altstetten**
Altstetterstrasse 162
- 8 Quartierwache Grünau**
Grünauring 16
- 9 Quartierwache Höngg**
Limmattalstrasse 160
- 10 Quartierwache Enge**
Bederstrasse 2
- 11 Quartierwache Wollishofen**
Tannenrauchstrasse 88
- 12 Quartierwache Hottingen**
Gemeindestrasse 54
- 13 Quartierwache Riesbach**
Riesbachstrasse 3
- 14 Quartierwache Schwamendingen**
Winterthurerstrasse 522
- 15 Quartierwache Unterstrass**
Röslistrasse 10
- 16 Quartierwache Affoltern**
In Böden 173
- 17 Detektivbüro**
Zeughausstrasse 11
- 18 Wache Verkehrspolizei**
Bahnhofbrücke 1
- 19 Bewilligungen**
Gartenstrasse 14
- 20 Prävention**
Grüngasse 19
- 21 Polizeilicher Assistenzdienst**
Schaffhauserstrasse 26
- 22 Wache Wasserschutzpolizei**
Mythenquai 73
- 23 Hafenverwaltung**
Bellerivestrasse 260

Schutz & Rettung

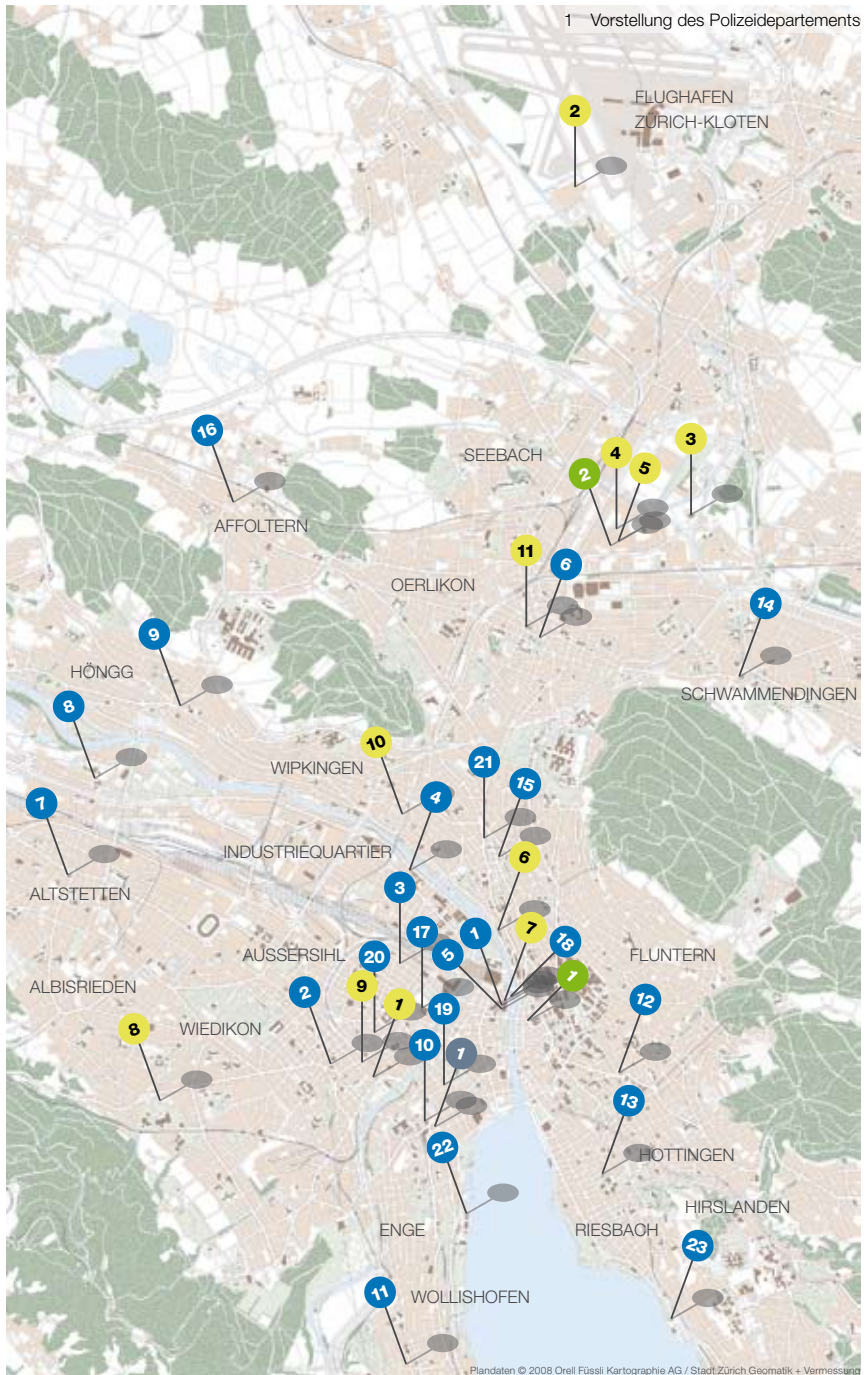
- 1 Hauptwache**
Hauptsitz
Weststrasse 4
- 2 Stützpunkt Nord**
Flughafen, Zürich-Kloten
- 3 Ausbildungszentrum Rohwiesen**
Orion-Strasse 6,
Zürich-Optikon
- 4 Zivilschutz Fahrzeugpark**
Leutschenbachstrasse 70
- 5 Logistik Material**
Leutschenbachstrasse 62
- 6 Sanitätswache**
Neumühlequai 40
- 7 Feuerpolizei**
Amtshaus II
Beatenplatz 1
- 8 Sanitätswache und Logistik Fahrzeuge**
Paul-Clairmont-Strasse 8
- 9 Immobilien und Verwaltung**
Birmensdorferstrasse 83
- 10 Zivilschutz Museum**
Habsburgstrasse
(gegenüber 17)
- 11 Pikett Glattal**
Baumackerstrasse 19

Dienstabteilung Verkehr

- 1 Verwaltung**
Mühlegasse 18/22
- 2 Werkhof**
Leutschenbachstrasse 60

Stadtrichteramt

- 1 Stadtrichteramt**
Gotthardstrasse 62



1.4 Kennzahlen 2007

	DS	Stapo	SRZ ³	DAV	StRA	PD
Anzahl Mitarbeitende ⁴ (Köpfe)	21	1 964 ⁵	432 ^{6,7}	104	55 ⁸	2 576
davon Frauen	13	465	93	24	26	621
Stellenwerte (Full Time Equivalents; FTE)	16	1 851	403	98	55	2 423
Aufwand ⁹ (CHF Mio.)	4.1	319.4	79.1	26.4	20.5	449.5
Ertrag ⁹ (CHF Mio.)	0.1	162.7	29.5	14.2	34.1 ¹⁰	240.6
Investitionen (CHF Mio.)		6.4	3.9	9.0	0.0	19.3

³ Die Integration der 154 FTE (176 Mitarbeitende) der Rettungsdienste der Unique Flughafen Zürich AG per 1. Januar 2008 ist noch nicht berücksichtigt.

⁴ Per Stichtag 31. Dezember 2007.

⁵ Zusätzlich 130 Aspiranten (davon 34 Frauen) und 1 Lehrling.

⁶ Zusätzlich 30 Mitarbeitende in Ausbildung (davon 20 Frauen).

⁷ In Schutz & Rettung integriert sind zudem die 550 Angehörigen der Milizfeuerwehr sowie die 2950 Angehörigen des Zivilschutzes.

⁸ Zusätzlich 3 Lehrlinge.

⁹ Ohne die geschlossenen Rechnungskreise Schutzraumbautenfonds, Blaue Zone und Parkgebühren.

¹⁰ Davon Bussenerträge: CHF 14.1 Mio.

Analyse des Umfeldes



Analyse des Umfeldes



Der Ersten Welt, zu der selbstredend auch die Schweiz zählt, geht es vergleichsweise gut. Wirtschaft, Kultur und Bildung sind auf hohem Niveau weitgehend stabil. Aufgabe eines «Sicherheitsdepartements» ist es jedoch, auf Risiken, deren Ursachen und Eintretenswahrscheinlichkeit sowie der Bewältigungsmöglichkeiten hinzuweisen. Wenn im Folgenden die kritischen Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung im Zentrum stehen, stellt dies kein gesellschaftliches Gesamtbild dar; vielmehr werden sicherheitsrelevante Themen fokussiert.

2.1 Politisches und rechtliches Umfeld

Die politischen Fronten verhärten sich zunehmend. Auf verschiedenen Seiten herrschen Polemik und Angstmacherei vor. Zahlreiche Medien driften im Kampf um Leserzahlen in den Boulevardjournalismus ab.

Gerade auf kommunaler Ebene kann die Tendenz ausgemacht werden, dass sich die Legislative vermehrt mit eindeutig operativen Bereichen der Verwaltung zu befassen wünscht.

Mit der Inkraftsetzung des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) des Kantons Zürich und seiner Ausführungsverordnungen per 1. Januar 2006 wurde die jahrelange Unklarheit über die kriminalpolizeiliche Aufgabenverteilung zwischen Kantons- und Stadtpolizei aus dem Weg geräumt. Das neue POG hat gleichzeitig zur Konsequenz, dass bisher von der Kantonspolizei wahrgenommene Aufgaben im Bereich der Grundversorgung auf die kommunalen Polizeien übertragen wurden. Schliesslich legt das POG die Grundlage für die korpsübergreifende Zusammenarbeit in Bereichen wie der Ausbildung, der Ausrüstung oder des Wissenschaftlichen Dienstes.

Nachdem die Organisation der Polizeien im Kanton nun geklärt ist, sollen auch die in-

haltlichen Aufgaben und die Einsatzgrundsätze in einem formellen Gesetz geregelt werden. Das entsprechende Polizeigesetz (PoIG) wurde in der Referendumsabstimmung im Februar 2008 vom Souverän mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen. Eine Verordnung zum Polizeigesetz regelt insbesondere den Einsatz der polizeilichen Einsatzmittel. Das Datum des Inkrafttretens des PoIG steht wegen eines Rechtsmittelverfahrens noch nicht fest. Das PoIG gibt der Stadt die Möglichkeit, ihrerseits den Entwurf der neuen Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) zur Beratung an den Gemeinderat zu überweisen. Wegen des eidgenössischen Binnenmarktgesetzes müssen die städtischen Taxivorschriften der Stadt Zürich angepasst werden. Auch im Bereich der Rettungsorganisationen sind wesentliche Gesetzesnovellen in Vorbereitung. Das neue kantonale Gesundheitsgesetz regelt die Zuständigkeiten für die Einsatzzentralen der Sanität (Notruf 144). Neu sind auch das Zivilschutzgesetz und das Bevölkerungsschutzgesetz. Schliesslich hat die Gebäudeversicherung des Kantons Zürich (GVZ) ein «Feuerwehrkonzept 2010» ausgearbeitet, das unter anderem bei den Milizfeuerwehren reduzierte Bestände vorsieht und für die Stützpunkte die Aufgaben teilweise neu definieren will. Das Konzept hat die Revision des Feuerwehrgesetzes zur Folge. Eine entsprechende Vorlage wurde anfangs 2008 vom Regierungsrat an den Kantonsrat überwiesen.

Wie in anderen Bereichen ist auch in der Sicherheitspolitik die Tendenz zu beobachten, dass die Gemeinden als letzte Stationen in der Delegationskaskade immer mehr Aufgaben übernehmen müssen. Dies geht aber umgekehrt oft nicht einher mit der Delegation der Kompetenzen. Die Stadt Zürich als Zentrumsstadt mit zentralörtlichen Aufgaben für einen grossen Teil der Schweiz muss sich wehren, im Bund nicht bloss als eine von 2740 und im Kanton nicht bloss als eine von 171 Gemeinden behandelt zu werden. Aufgrund einer regierungsrätlichen Initiative werden unter Bezugnahme auf die neue Kantonsverfassung neue Formen von Koordination und Zusammenarbeit in Ballungszentren diskutiert.

2.2 Demographisches und soziales Umfeld

Globalisierungstendenzen, knapper werdende Wasserressourcen sowie Bevölkerungswachstum und Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern bewirken u. a. einen Migrationsdruck auch in die Schweiz. Diese Entwicklung hat Einfluss auf die Wirtschaft, die Arbeitswelt (insbesondere die beruflichen Perspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen) und indirekt auch auf die Kriminalitätsraten. Die kontinuierliche Verschärfung des Asylgesetzes und die steigende Zahl an abgewiesenen Asylbewerbenden, die untertauchen, verstärken diese Tendenzen zusätzlich. Multikulturalität, Wertevielfalt und -verlust können zu Verständigungsproblemen und Konflikten führen, die gegenseitige Akzeptanz kann nicht von vornherein vorausgesetzt werden und das Aggressivitätspotential zwischen verschiedenen Ethnien ist nicht zu verharmlosen. Die Jugendarbeitslosigkeit sank dank dem Konjunkturaufschwung in den letzten Jahren kontinuierlich.

Zudem sehen wir uns mit dem Phänomen des Lohnerwerbs ohne Existenzsicherung (working poors) konfrontiert.

Die Kriminalstatistik des Kantons Zürich zeigt im Bereich von Gewaltverbrechen eine beunruhigende Zunahme der Jugendkriminalität. Die Gründe für diese Zunahme der Anzeigen sind wissenschaftlich umstritten.

In der Gesellschaft lässt sich eine zunehmende Anonymisierung und Entsolidarisierung feststellen. Oft werden der Gemeinschaftssinn und die gesellschaftliche Solidarität dem Eigennutzen untergeordnet und die Bereitschaft, selber Verantwortung zu übernehmen und sich zum Wohl des Ganzen zu engagieren – gerade auch im Milizamt –, sinkt weiter. Die Individualisierung und die Zunahme von Einpersonenhaushalten birgt die latente Gefahr der Vereinsamung in sich.

Der zunehmende Individualismus geht einher mit der immer stärker wachsenden Anspruchshaltung an die Leistungen des Staates. Dies führt unweigerlich zu einem Dilemma: Zwar werden immer mehr Aufgaben an den Staat delegiert, doch gleichzeitig werden die Überregulierung und die hohe Staatsquote beklagt. Staatliche Autoritäten werden wenig akzeptiert. Polizistinnen und Polizisten sowie Rettungssanitäterinnen und -sanitäter werden bei ihren Einsätzen angepöbelt und teilweise auch körperlich angegriffen.

2.3 Risikobeurteilung (Naturereignisse, zivilisationsbedingte Ereignisse, Kriminalität)

Auch die Schweiz ist nicht gefeit gegen Terrorakte, die einerseits die Verwundbarkeit unserer Sicherheit deutlich machen und andererseits die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken sollen. Die nationale Lagebeurteilung der Gewaltbereitschaft erfordert nach wie vor den Schutz gewisser Botschafts- und Konsulatsgebäude. Das bleibt eine Bundesaufgabe und wird in Zürich bis auf weiteres durch die Armee (Militärische Sicherheit) wahrgenommen.

Die linksautonome und die rechtsextreme Szenen sind zwar nicht völlig verschwunden, doch in der Stadt Zürich treten sie nur vereinzelt auf, wobei linksautonome Auftritte deutlich häufiger zu verzeichnen sind als rechtsextreme, die in Zürich nur vereinzelt, nicht aber im Rahmen von Kundgebungen anzutreffen sind. Ein neues Phänomen, das die Polizei vor grosse Herausforderungen stellt, ist der Krawall-Tourismus, begleitet von sehr vielen Gafferinnen und Gaffern.

Seit der Ratifizierung der bilateralen Verträge ist eine verstärkte Migrationsbewegung aus Osteuropa feststellbar, verbunden mit negativen Begleiterscheinungen wie namentlich der sprunghaften Zunahme von Prostituierten in Zürich mit jährlichen Zuwachsraten von 10–20%. Bisherige Erfahrungen ergaben, dass ein erheblicher Teil der Prostituierten durch gut organisierte Gruppen mit internationalen Verbindungen kontrolliert wird. Häufig sind diese Frauen Opfer von Menschenhandel und werden durch falsche Versprechen,

mittels Ausnützen sozialer Notlagen und Abhängigkeiten sowie teilweise auch unter Anwendung von Gewalt in die Prostitution gezwungen. Ermittlungen gegen Menschenhandel sind komplex und Beweise schwierig zu führen, zudem sind die bisher ausgefallten Strafen im Verhältnis zum verursachten Leid zu gering.

Jugendgewalt ist kein neues Phänomen, nimmt aber in der Öffentlichkeit einen breiten Raum ein. Tatsache ist aber, dass die Anzeigen wegen Jugendgewalt in den letzten Jahren gestiegen sind. Auch zeichnen sich viele Gewaltvorfälle mit Jugendlichen aus durch brutales Vorgehen gegen wehrlose Opfer. Oft werden die Taten noch mit dem Handy gefilmt. In vielen Fällen stehen die Taten in Zusammenhang mit übermässigem Alkoholkonsum. Über die Ursachen dieser Gewalt sind sich die Fachleute nicht einig.

Die Gewalt bei Sportgrossveranstaltungen konzentriert sich in letzter Zeit auf Auftritte von mehreren hundert sogenannten «Ultras» beim Fussball. Der Kampf gegen die Kommerzialisierung des Fussballs bietet eine Plattform für eine mittlerweile ideologisch geführte Bewegung. Es gibt einen territorialen Anspruch auf einen eigenen Sektor im Stadion, der gegen alle verteidigt wird. Angriffe mit Schlagutensilien gegen rivalisierende Gruppierungen erfolgen überfallartig an verschiedensten Orten. Ebenso finden Konfrontationen innerhalb der Stadien und auf den Reisen in Menschenansammlungen statt, in deren Schutz strafbare Handlungen begangen werden. Durch Solidarisierungsaktionen von unbeteiligten Zuschauenden bis zu den «Ultras» wird die Arbeit der Polizei gefährlich. Mit grossen Polizeiaufgeboten, der polizeilichen 3-D-Strategie (Dialog-Deeskalation-Durchgreifen) und einer professionellen Fanbetreuung wird versucht dem Gewaltphänomen Einhalt zu gebieten.

In Zürich entmischen sich manche Quartiere, obwohl die sozialen Unterschiede im Stadtbild weniger sichtbar sind als in anderen Weltstädten. Neben den unverhältnismässig hohen Mietzinsen in einzelnen Zonen, ist auch die objektiv oder subjektiv wahrgenommene Kriminalität ein wichtiger Faktor, der die Bildung von Problemgebieten fördert. Eine geringe Kriminalitätsrate ist Grundlage für eine positive Quartierentwicklung, für die Aufwertung und den Schutz von Wohngebieten.

Die Klimaerwärmung führt zu einer Häufung von verheerenden Naturkatastrophen.

Global auftretende Krankheiten (Pandemien, Vogelgrippe) sind konkrete Gefahren für die Gesundheit.

2.4 Mobilität und Freizeitverhalten

Die Beanspruchung des öffentlichen Raumes für Veranstaltungen aller Art und die kommerzielle Nutzung nehmen zu. Die Bereitschaft, Verantwortung für die negativen Auswirkungen (Abfall, Lärm etc.) zu übernehmen, ist aber gering. Neben den organisierten Anlässen in der Innenstadt halten sich an den Wochenendnächten tausende von jungen Leuten in den Seeuferanlagen und in der Umgebung von Verkehrsknotenpunkten auf.

Zürich ist Partystadt für eine weit gefasste Agglomeration bis hin in den süddeutschen Raum. Dies führt dazu, dass der ursprünglichen «Tagesbevölkerung» der Stadt eine mehr oder weniger gleich grosse «Nachtbevölkerung» gegenüber steht. Dies hat deutliche Auswirkungen auf das Wohnumfeld, die Öffnungszeiten der Betriebe, die Einsatzzeiten und die Personalbestände der Blaulichtorganisationen und auch auf die Kriminalstatistik. Bei Rettungseinsätzen bei Veranstaltungen oder in der Partyszene kommt es immer wieder zu Angriffen auf die Sanitäterinnen und Sanitäter.

Sportveranstaltungen, insbesondere Fussballspiele, erfordern regelmässig ein grösseres Aufgebot an Polizeikräften zur Verhinderung von Gewalt unter einzelnen Fangruppen.

Aufgrund des immer häufigeren Auseinanderfallens von Wohn- und Arbeitsort und auch durch das Konsum- und Freizeitverhalten steigt das Bedürfnis nach Mobilität. Dank einem gut ausgebauten Nachtnetz des öffentlichen Verkehrs ist die Stadt auch für Personen ohne eigenes Fahrzeug jederzeit gut erreichbar. Ein Viertel aller Autofahrten steht im Zusammenhang mit Einkauf oder Freizeit. Gleichzeitig wird die individuelle Mobilität dank neuer Technologien wie Navigationssysteme oder Abstandsfahrhilfen immer bequemer. Auch wenn die Erdölereserven spärlicher werden und der Benzinpreis phasenweise in ungeahnte Höhen schnellt, hat dies offenbar weniger grosse Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten als allgemein erwartet. Die steigenden Treibstoffkosten werden teilweise kompensiert durch ökonomischer arbeitende Antriebssysteme. Der motorisierte Individualverkehr hat in der Stadt Zürich zwischen 1995 und 2005 um insgesamt 3% zugenommen; in den nächsten 10 Jahren wird er voraussichtlich in derselben Grössenordnung zunehmen.

Diesem Phänomen ist mit geeigneten Steuerungsmassnahmen zur Entlastung der Ballungszentren entgegen zu wirken. Das Thema Road Pricing wird als Steuerungsinstrument auch in der Schweiz kontrovers diskutiert.

Der Problematik bezüglich Feinstaubwerte beziehungsweise Ozonbelastung – die je länger je mehr in den Fokus tritt – muss mit dem Umstieg auf den Öffentlichen Verkehr und der Verlagerung auf den Langsamverkehr, insbesondere den Fuss- und den Veloverkehr, begegnet werden. Das bedingt die Schaffung entsprechender Kapazitäten.

2.5 Technologisches Umfeld

Internet und Mobiltelefone als Errungenschaften der Technik erleichtern zwar die Information und die Kommunikation, werden aber – gerade weil sie in hohem Masse die Anonymität wahren können – auch von Kriminellen verwendet. Mit SMS und Internet (z. B. Facebook) können innert kurzer Zeit tausende von Personen für ein Anliegen mobilisiert werden und den öffentlichen Grund mit oder ohne Bewilligung belegen (vgl. zum Beispiel das neue Phänomen «Botellón»).

Gleichzeitig erleichtern neue Technologien (beispielsweise GPS in Rettungsfahrzeugen,

mobile Datenkommunikation, vernetzte Funknetze, Induktionssysteme etc.) die Arbeit der Blaulichtorganisationen und des Verkehrsmanagements.

2.6 Wirtschaftliches und finanzielles Umfeld

Die Verknappung der Finanzen durch verminderte Steuereinnahmen (die Finanzkrise, die 2008 weltweit die Märkte erschütterte und deren Ende noch nicht absehbar ist, hat massive Auswirkungen auf die Steuereinnahmen; dies wird insbesondere die Stadt Zürich als Bankenplatz zu spüren bekommen) und der immer härter werdende Verteilungskampf (Stichwort: Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, NFA) führen dazu, dass öffentliche Aufgaben immer mehr vom Bund in die Verantwortung von Kantonen und von diesem zu den Gemeinden geschoben werden. Damit einher geht häufig auch eine zusätzliche Belastung der Gemeinden ohne eine entsprechende Abgeltung. Rechtlich eindeutige Entschädigungen für die Städte scheitern dann oft an der finanzrechtlichen/-politischen Realität des Kantons. Die grösseren Zentrumsstädte in der Schweiz und im nahen Ausland kämpfen mit Standortmarketing um die Ansiedelung von zahlungskräftigen Firmen und Privatpersonen mit hohem steuerbarem Einkommen und Vermögen. Internationale Rankings (z. B. Mercer Studie) finden grosse Beachtung. Dies hat Einfluss auf die Stadtentwicklung und die Sicherheitslage. Zudem belasten die Aufwendungen der Stadt Zürich für ihre zentralörtlichen Aufgaben das Budget je länger desto stärker.

Eine Herausforderung der kommenden Jahre bildet die Anpassung der Rechnungslegung der öffentlichen Hand an internationale Rechnungslegungsstandards. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung zeichnet sich ein Trend in Richtung IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) oder HRM2 (Harmonisches Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden) ab.

Vision

3

Vision



**«Zürich hält weltweit den Spitzenplatz bezüglich
Lebensqualität und Sicherheit rund um die Uhr»**

Die Vision wollen wir engagiert, professionell, vernetzt und partnerschaftlich erreichen.

Dabei lassen wir uns durch folgende Prinzipien (Mission) leiten:

Mission

4



Mission

Das Polizeidepartement erreicht seine Ziele unter Anwendung des Leitbilds der Stadt Zürich:

Wir arbeiten für Zürich.

Wir arbeiten für Zürich, damit sich unsere Stadt positiv weiterentwickelt, Wirtschaft und Kultur blühen und die Menschen gern hier leben und arbeiten.

4.1 Identifikation: Wir arbeiten für Zürich

Wir identifizieren uns mit der Stadt Zürich und sind uns bewusst, dass wir im Auftrag und zum Wohl der Bevölkerung arbeiten.

Wir steigern Motivation, Verantwortung und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Stufen. Indem wir Verantwortung delegieren, Spielräume geben und Perspektiven aufzeigen, bauen wir für alle Hierarchiestufen ein motivierendes Arbeitsklima auf. Wir fördern den offenen Erfahrungsaustausch und das innovative Denken aller Mitarbeitenden. Die Bereitschaft, auch über den eigenen Aufgabenbereich hinaus zu denken, soll sich lohnen. Wir stellen auf Stufe Departement und Dienstabteilungen ein professionelles Personalmanagement sicher, das die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten fördert, die individuelle Aus- und Weiterbildung in angemessenem Rahmen unterstützt sowie eine differenzierte und gerechte Mitarbeiterbeurteilung durch individuelle Zielvereinbarungen ermöglicht. Wir mildern mit gezielter Ausbildung, mit Betreuung und mit geeigneten Anlaufstellen in den Dienstabteilungen die Auswirkungen von Gewalt und Drohung gegen Mitarbeitende und setzen alles daran, sie zu verhindern.

Durch zukunftsgerichtete und moderne Berufsbilder sollen die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeidepartements gefördert werden. Die laufenden Modernisierungen in den Bereichen Stadtpolizei sowie Schutz- und Rettungsdienste sollen nicht nur zu bevölkerungsnäheren Organisationen und Abläufen führen, sondern auch die Attraktivität der Arbeitsinhalte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen. Die Durchlässigkeit zwischen den Dienstabteilungen und deren Abteilungen soll erleichtert werden.

4.2 Zusammenarbeit: Wir sind ein Team

Wir arbeiten und reden miteinander, um gemeinsame Lösungen zu finden und Konflikte zu regeln.

Wir gewährleisten die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen durch spezifische Förderung des jeweils untervertretenen Geschlechts in Kaderpositionen. Wir nehmen gegenseitig Rücksicht. Wir zeigen eine hohe Sozialkompetenz, gehen souverän mit Fehlern um und ermöglichen einen kontinuierlichen Lernprozess aller. Interdisziplinäre Themen werden dienstabteilungsübergreifend koordiniert.

4.3 Kundenorientierung: Wir sind dienstleistungsbewusst

Wir erfüllen die Aufträge, Bedürfnisse und Erwartungen unserer Kundinnen und Kunden mit angemessener Qualität, kompetent und freundlich.

Die Einsatz- und Spezialformationen in den Bereichen Polizei, Sanität, Feuerwehr, Zivilschutz, Feuerpolizei, der Dienstabteilung Verkehr und des Stadtrichteramtes setzen sich rund um die Uhr für den bestmöglichen Schutz und die Sicherheit der Zürcher Bevölkerung ein.

Zur verbesserten Leistungs- und finanziellen Steuerung der städtischen Sicherheitsdienstleistungen sind Führungsinstrumente zu entwickeln und umzusetzen, die eine politische und administrative Steuerung und eine flexible Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen ermöglichen. Dabei ist eine effiziente Aufgabenerfüllung zu gewährleisten, indem städtische Sicherheitsdienstleistungen transparent und mit messbaren Zielvorgaben definiert werden.

Wir orientieren die städtischen Sicherheitsdienstleistungen auf allen Stufen vorab an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich und fördern insbesondere die bürgernahe Sicherheitsarbeit in den Quartieren (Community Policing). In der Orientierung auf Kundinnen und Kunden sind auch neue Wege zu suchen. Strukturen und Arbeitszeiten etc. werden am Kundennutzen gemessen und gehorchen einem hohen Mass an Flexibilität. Dabei hat vor allem die Polizei eine Doppelrolle zu erfüllen, die auch

Widersprüche birgt: Einerseits soll sie – im Sinne des Community Policing – freundliche, hilfsbereite und kompetente Ansprechinstanz für unbescholtene Bürgerinnen und Bürger sein. Andererseits muss sie bei Gesetzesverstössen mit aller Konsequenz intervenieren. Das Polizeidepartement garantiert ein bevölkerungsnahes und qualitativ hochstehendes Angebot an städtischen Sicherheitsdienstleistungen, welches das Vertrauen der Bevölkerung kontinuierlich fördert. Der Bürgerin und dem Bürger soll im Bedarfsfall professionell, rasch und umfassend geholfen werden.

4.4 Glaubwürdigkeit: Wir sind vertrauenswürdig

Wir sichern unsere Glaubwürdigkeit durch Zuverlässigkeit, Transparenz und die Übereinstimmung von Reden und verbindlichem Handeln.

Wir kommunizieren nach innen und aussen auf der Basis von Transparenz, Glaubwürdigkeit und Dialog. Kommunikation ist eine Aufgabe der Führungskräfte aller Stufen. Wir informieren rechtzeitig, wahrheitsgetreu und offen, um Vertrauen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie auch bei der Bevölkerung und bei den Medien zu schaffen. Um von den Besten zu lernen (best practice), pflegen wir mit anderen Städten im In- und Ausland einen intensiven Erfahrungsaustausch. Wir stellen die optimale Bewältigung schwieriger Situationen sicher dank einer partnerschaftlichen und eng vernetzten Arbeit der städtischen Sicherheitsorgane und aller involvierten Dienststellen untereinander und zusammen mit anderen Gemeinden, dem Kanton und dem Bund.

4.5 Verantwortung: Wir sind initiativ

Wir ergreifen die Initiative für nachhaltige Lösungen, handeln eigenverantwortlich und gehen sorgfältig mit allen uns anvertrauten – auch natürlichen – Ressourcen um.

Wir konzentrieren unsere Kräfte auf das Wesentliche und vermeiden Verzettelungen der personellen und finanziellen Ressourcen, mit denen wir sorgfältig umgehen. Wir fördern die Kostensensibilisierung auf allen Stufen. Vorteile, die sich mit der Anwendung neuer Technologien zur Optimierung der Verkehrssteuerung, zur Stärkung der Prävention, zur Verkürzung der Interventionszeiten, zur wirksameren Verbrechensbekämpfung und für den Einsatz der Schutz- und Rettungsdienste ergeben können, nutzen wir konsequent. Auch im Kontakt mit der Bevölkerung setzen wir auf modernste Mittel. Das alles bedingt sowohl fachliche Kompetenz als auch innovatives, visionäres Denken.

4.6 Innovation: Wir sind offen für Neues

Wir sind bereit, Neues zu wagen und Bewährtes zu festigen, Wissen und Erfahrungen auszutauschen, um unsere Aufgaben noch effizienter zu erledigen.

Wir sind offen für neue Formen der Zusammenarbeit, der Organisationsstrukturen und den Einsatz neuer Technologien. Dazu arbeiten wir eng mit anderen Departementen und mit vergleichbaren Diensten in anderen Städten zusammen.

4.7 Führung: Wir sind Vorbild

Wir verstehen Führung als Mittel, um unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Erreichung gemeinsamer Ziele zu unterstützen und ihre Eigeninitiative und persönliche Entwicklung zu fördern.

Wir setzen politische und betriebliche Zielvorgaben stufengerecht um. Zur Zielformulierung und zur Überprüfung der Zielerreichung und des Erfolgs stehen zweckmässige Führungsinstrumente zur Verfügung.

Wir dezentralisieren und delegieren die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten von städtischen Sicherheitsdienstleistungen stufengerecht und soweit als möglich: Mittels Controlling und Berichterstattung auf Stufe Departement und Dienstabteilungen gewährleisten wir die politische wie auch die operative Führung.

Wir erfassen Potentiale und fördern die berufliche Laufbahn der Mitarbeitenden.

Strategie Polizeidepartement



Strategie Polizeidepartement

Die Strategie umfasst die langfristigen Schwerpunkte, die strategischen Projekte und die Ziele des kommenden Jahres des Polizeidepartements und seiner Dienstabteilungen. Selbstverständlich stehen über den spezifischen Zielen des Polizeidepartements die vom Stadtrat festgelegten Legislatorschwerpunkte 2006–2010¹¹.

Auf Stufe Polizeidepartement aufgeführt sind Ziele und Projekte mit politischer Dimension sowie dienstabteilungsübergreifende Ziele und Projekte.

¹¹ Am 6. September 2006 hat der Stadtrat die Ziele und Strategien für die laufende Amtsperiode festgelegt. Als Legislatorschwerpunkte 2006–2010 wurden fünf Themen definiert:

- (1) Allianzen schaffen – Politik über die Grenzen hinaus
- (2) Planen und bauen für die Stadt von morgen
- (3) Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit und Sicherheit
- (4) Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft
- (5) Die Stadt Zürich: kundenorientiert, initiativ und kompetent

Aus allen Legislatorschwerpunkten (LSP) ergeben sich Implikationen auf die langfristigen Ziele des Polizeidepartements. Beteiligt ist das Polizeidepartement insbesondere in den LSP (3) und (5).

5.1 Strategische Schwerpunkte des Polizeidepartements

5.1.1 Bevölkerung/Kundschaft

Kontaktpflege

Dem regelmässigen Kontakt des Polizeidepartements und seiner Dienstabteilungen zur Bevölkerung und zum Gewerbe wird eine hohe Aufmerksamkeit geschenkt.

Gastgewerbe und Ausgehgewohnheiten

Es wird eine positive Sicherheitsentwicklung durch den Rückgang der im Zusammenhang mit den Gastwirtschaften stehenden Delikten (Körperverletzungen, Gewalt und Drohung, Verkehrsunfälle) in den Nachtstunden sowie die Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens (gemäss städtischen Bevölkerungsumfragen) in Gebieten mit einer hohen Dichte von Gastwirtschaften mit hinausgeschobener Schliessungsstunde angestrebt. Dabei werden polizeiliche Massnahmen umgesetzt und neue rechtliche Möglichkeiten geschaffen. Insbesondere in den Nächten der Wochenenden ist die Polizei in den Gebieten mit hohem Publikumsaufkommen präsent und die Rettungsdienste halten ausreichend Kapazitäten bereit.

Die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, dem Gastgewerbe und weiteren Organisationen wird angestrebt.

Gewalt und Alkohol

Den Themen Jugendgewalt und Alkoholexzesse von Jugendlichen und junger Erwachsener im öffentlichen Raum wird hohe Priorität eingeräumt. Dabei wird eine enge Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten, den Gesundheitsdiensten, den Schulen und weiteren Diensten angestrebt.

5.1.2 Prozesse

Prinzip der Nachhaltigkeit

Die Anforderungen der Nachhaltigkeit werden bei der Beschaffung von Material, insbesondere bei Fahrzeugen, eingehalten.

Etablierung der neuen KATA-/FIBAL-Organisation im Alltag

Per 1. April 2008 hat der Stadtrat die neue KATA-Organisation (Bewältigung von Grossereignissen) in Kraft gesetzt; das Polizeidepartement hat auf denselben Zeitpunkt im Sinne von Ausführungsbestimmungen den Ordner FIBAL (Führung in besonderen und ausserordentlichen Lagen) eingeführt. Das Konzept sieht vor, dass Ereignisse je nach Eskala-

tionsstufe (grün = Alltag; gelb = Mittleres Ereignis, besondere Lage; orange = Grossereignis, besondere Lage; rot = Katastrophe, ausserordentliche Lage) durch modular zusammengesetzte Stäbe bewältigt werden. Dieses Konzept gilt es einzuspielen und wo nötig aufgrund der in der Praxis gemachten Erfahrungen zu optimieren und zu justieren.

Aktualisierung und Reduktion von Normen

Im Departement und den Dienstabteilungen vorhandene interne Normen sind auf einem aktuellen Stand zu halten. Wenn sie nicht mehr benötigt werden, sind sie ersatzlos aufzuheben. Damit sollen die Handlungsspielräume der Mitarbeitenden erweitert werden.

Dienstabteilungsübergreifende Themen

Themen, die mehrere Dienstabteilungen des Departements betreffen oder Entscheide, die Auswirkungen auf andere Dienstabteilungen haben, werden im Rahmen der Geschäftsleitung des Polizeidepartements behandelt.

Umsetzung neuer übergeordneter Normen

Es gilt, organisatorische und personelle Anpassungen an neue Gesetze und insbesondere an neue Aufgabenabgrenzungen zwischen Kanton und Stadt im Polizeidepartement zu implementieren. Im Vordergrund stehen dabei die Verkehrssteuerung auf nationaler Ebene, das kantonale Polizeigesetz (PoIG) und die dazugehörigen Verordnungen sowie die damit im Zusammenhang stehenden Vorschriften auf kommunaler Ebene (z. B. Verrechnung Polizeieinsatz). Ferner sind in Betracht zu ziehen die Schweizerische Strafprozessordnung (StPO), der neue Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB), das Konzept «Feuerwehr 2010» mit dem dazugehörigen Gesetz, das kantonale Zivilschutzgesetz, das kantonale Bevölkerungsschutzgesetz und das kantonale Hundegesetz sowie das kantonale Gesetz über die Information und den Datenschutz. Schliesslich sind auch die Konsequenzen aus dem Schengen-Abkommen zu beachten.

5.1.3 Mitarbeitende

Weiterbildung

Lernen ist ein dauernder Prozess. In der Regel soll jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter während drei Tagen pro Jahr eine aufgaben- und stufenbezogene Weiterbildung absolvieren.

Umsetzung des Ausbildungskonzepts für die Führung in ausserordentlichen und besonderen Lagen

Für das Polizeidepartement und die übrigen involvierten Departemente soll ein Konzept

für die Ausbildung bzw. Weiterbildung von Gesamteinsatzleitenden (GEL), Stabschefs (SC) sowie Mitgliedern des Führungsstabes der Stadt Zürich (FSZ) und zudem für das Üben von Grossereignisbewältigungen ausgearbeitet werden. Über mehrere Jahre hinweg gilt es, dieses Konzept mit der Ausbildung von Einzelnen bis hin zur Durchführung von Stabsrahmenübungen umzusetzen. Dabei sind insbesondere auch die Schnittstellen zu Partnerorganisationen zu beachten und in die Ausbildung miteinzubeziehen.

Knowledge Management

Das Knowledge Management stellt die Abbildung des Wissens und der Fähigkeiten, welche die Organisation zur Lösung ihrer vielfältigen Aufgaben benötigt, dar. Dabei sollen individuelles Wissen und Fähigkeiten (Humankapital) systematisch auf unterschiedlichen Ebenen der Organisationsstruktur verankert werden. Wissensmanagement kann daher als intervenierendes Handeln verstanden werden, das auf den Theorien der Organisationslehre und des organisationalen Lernens beruht und diese systematisch in die Praxis überführen will. Ziel ist es, mit dem Aufbau einer Wissensbasis dem Polizeidepartement die Möglichkeit zu geben, eine lernende Organisation zu sein. Dazu werden Konzepte und ein Pflichtenheft erstellt.

5.1.4 Finanzen

Die Finanzplanung zeigt das Risiko einer Schere: das Betriebsdefizit nimmt von Jahr zu Jahr zu. Dieser Tendenz ist zu begegnen mit einem weiterhin sehr haushälterischen Umgang auf der Kostenseite. Gleichzeitig sollen künftig vermehrt Einnahmen generiert werden durch eine verursachergerechte Weiterverrechnung von ausserordentlichen Polizeieinsätzen (vgl. z. B. hinten Ziff. 5.3.4).

5.2 Strategische Projekte des Polizeidepartements

5.2.1 «Langstrasse Plus»

Die Zufriedenheit der Bevölkerung in Bezug auf die Lebensqualität ist zu steigern. Es ist ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Interessen zu schaffen. Dazu gehören die Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens, die Stabilisierung der Sicherheitslage und mittelfristige Reduktion der Straftaten und die Verminderung der Verkehrsbelastung. Das Angebot und die Art der Gewerbebetriebe ist qualitativ zu verbessern (Gewerbemarketing, Langstrassenkredit, Kulturauftritte). Die gelegentliche Überführung der Aufgaben in die Alltagsarbeit wird vorbereitet.

5.2.2 «Rotlicht – Prostitution und Menschenhandel»

Bis im Herbst 2008 wurde eine gesamtstädtische Strategie für eine Verbesserung der aktuellen Situation und eine nachhaltige Steuerung des Rotlichtmilieus zur Wahrung der Lebensqualität und des Schutzes der Bevölkerung, des Gewerbes sowie der Gesundheit aller Betroffenen verabschiedet. Ein Konzept und Massnahmenplan wird von einer departementsübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitet.

5.2.3 Mitarbeit im Projekt auf Stufe Stadtrat, Legislatorschwerpunkt 3: «Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit und Sicherheit»

Zusammen mit dem Schul- und Sportdepartement und dem Sozialdepartement werden die Massnahmen gegen die Jugendkriminalität koordiniert und unterstützt. Der Stadtrat hat zum Thema Jugendgewalt im April 2008 ein Papier mit Massnahmenfeldern veröffentlicht und eine überdepartementale Taskforce eingesetzt. Die konkreten Massnahmen sollen spätestens im Jahre 2009 umgesetzt werden.

5.2.4 Mitarbeit im Projekt auf Stufe Stadtrat, Legislatorschwerpunkt 5: «Stadt Zürich kundenorientiert, initiativ und kompetent – Teilprojekt Normenabbau»

Einzelne Bewilligungsverfahren der Feuerpolizei und der Stadtpolizei werden mit Einbezug der Kundensicht und der involvierten Mitarbeitenden untersucht und wenn möglich vereinfacht. Die Handlungsspielräume der Mitarbeitenden sollen erhöht werden. Städtische und interne Normen werden überprüft und wenn möglich abgebaut. Diese Aspekte werden auch bei den künftigen Gesetzesvorhaben im Polizeidepartement berücksichtigt.

Der Normenabbau betrifft auch die Allgemeine Polizeiverordnung (APV), die stark entschlackt werden soll.

5.2.5 Einführung des neuen digitalen Funknetzes «POLYCOM»

Die Schweiz baut unter dem Namen POLYCOM ein Sicherheitsfunknetz auf, das die Kommunikationsbedürfnisse der Polizei, der Rettungssanität, der Feuerwehr, des Grenzwachtkorps, des Zivilschutzes und von Teilen der Armee sowie weiteren Sicherheits- und Rettungsorganisationen optimal abdeckt. Es ermöglicht sämtlichen Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit («BORS») des Bundes, der Kantone und der Gemeinden eine einheitliche Infrastruktur für ein verschlüsseltes und homogenes Funknetz. Dieses Netz soll unter Vorgabe des Bundes bis 2012 schrittweise aufgebaut werden. Mit dem damit verbundenen Wechsel vom analogen auf das digitale Funknetz können neu auch Daten übermittelt werden.

Für die Blaulichtorganisationen der Stadt Zürich (Stadtpolizei und Schutz & Rettung) sowie für weitere Dienstabteilungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes (Dienstabteilung Verkehr, Entsorgung & Recycling, Wasserversorgung, Elektrizitätswerk, etc.) soll in den Jahren 2009–2012 der Anschluss an POLYCOM gewährleistet werden.

5.2.6 Polizeiwissenschaften Zürich

Ende 2007 haben der Vorsteher der Sicherheitsdirektion Kanton Zürich und die Vorsteherin des Polizeidepartements der Stadt Zürich beschlossen, die Wissenschaftlichen Dienste ihrer beiden Korps (Kriminaltechnische Abteilung (KTA) der Kantonspolizei sowie Wissenschaftlicher Dienst (WD) und Wissenschaftlicher Forschungsdienst (WFD) der Stadtpolizei) unter einer gemeinsamen Trägerschaft zu vereinen und örtlich im neuen Polizei- und Justizzentrum (PJZ) unterzubringen.

5.2.7 Polizeischule Zürich

Ende 2007 haben der Vorsteher der Sicherheitsdirektion Kanton Zürich und die Vorsteherin des Polizeidepartements der Stadt Zürich beschlossen, für die Grundausbildung der Angehörigen ihrer Polizeikorps eine gemeinsame Polizeischule zu bilden. Die bisherigen Aspirantenschulen sollen örtlich und organisatorisch zusammengelegt werden. Integriert werden soll zudem die Grundausbildung der Stadtpolizei Winterthur sowie der Gemeindepolizeien. Dieses Vorhaben entspricht den Vorgaben des bildungspolitischen Gesamtkonzepts (BGK) der Konferenz Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und

-direktoren (KKJPD). Die Polizeischule wird im neuen Polizei- und Justizzentrum (PJZ) untergebracht; die praktische Ausbildung wird so weit wie möglich im erweiterten städtischen Ausbildungszentrum Rohwiesen in Zürich-Opfikon stattfinden.

5.2.8 Ausbildungszentrum Rohwiesen

Der Aus- und Neubau des ehemaligen Zivilschutzentrums Rohwiesen (Opfikon) zu einer eigentlichen «Sicherheitsakademie für Blaulichtorganisationen» soll auf städtischer Ebene die Ausbildungen aller Berufe (mit Ausnahme der Aspirantenschule der Stadtpolizei; vgl. dazu vorne Ziff. 5.2.7) und aller Milizfunktionen im Blaulichtbereich unter einem Dach vereinen. Das neue Zentrum soll sich als Lehrstätte für alle Sicherheitsberufe etablieren und ein Renommée weit über die Stadtgrenzen hinaus entwickeln. Das Kompetenzzentrum soll durch Partnerschaften Synergien gewinnen und mit einem breiten Angebot an Kursen eine führende Stellung erreichen. Vorgesehen ist auch die Schulung von Externen im Sinne der Prävention (zu denken ist beispielsweise an Brandschutz in Altersheimen/Schulen; Feuerpolizei im Architekturstudium; Kriminalberatung an Hochschulen; Stabsarbeit bei Grossereignisbewältigungen; etc.). Nicht zu kurz kommen darf schliesslich die Aus-/Weiterbildung der Mitarbeitenden des Departements (Führungsverständnis, Sprachen, Psychologie, Verständnis für Kulturen, etc.). Der Antrag für den Projektierungskredit zuhanden des Gemeinderates ist aufgrund des durchgeführten Architekturwettbewerbs vorbereitet.

5.2.9 «ELZ-ZH 2011»

Per 1. Januar 2008 hat die Stadt Zürich die Rettungsorganisationen der Unique (Flughafen Zürich AG) übernommen. Seit dieser Übernahme betreibt Schutz & Rettung an der Weststrasse in Zürich die Einsatzleitzentrale 118 und 144 für den südlichen Teil des Kantons Zürich und im Flughafen die Einsatzleitzentrale 118 und 144 für den nördlichen Teil des Kantons Zürich (ausgenommen 144er-Notruf für den Raum Winterthur). Die beiden Einsatzleitzentralen sollen mit den benötigten Systemen (Daten, Sprache, Kommunikation, Bilder etc.) vereinheitlicht und organisatorisch zusammengeführt werden. Basierend auf einer identischen technischen Plattform soll für den ganzen Kanton Zürich durch Schutz & Rettung eine Hauptzentrale für 144 und 118 sowie eine Ausweichzentrale betrieben werden. Dies erhöht die Flexibilität im Betrieb und ermöglicht die Nutzung von Synergien.

5.3 Jahresziele 2009 des Polizeidepartements

5.3.1 Bevölkerung/Kundschaft

Entwicklungen im öffentlichen Raum

Bei der Bearbeitung von Gesuchen zur Benützung des öffentlichen Grundes ist die positive Kundenorientierung wichtig. Wenn es das Gesuch erfordert, wird aktiv die Zusammenarbeit mit den betroffenen Departementen gesucht.

Die Entwicklungen über die Benutzung des öffentlichen Raumes werden zusammen mit dem Tiefbau- und Entsorgungs-, dem Sozialdepartement, der Stadtentwicklung, der Hochschule Luzern und weiteren Städten verfolgt und Handlungsstrategien entwickelt.

Verhinderung von Alkoholexzessen und Gewalt

Alkoholisierter Jugendliche werden im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen in Obhut genommen und den Eltern zugeführt. Betrunkene Erwachsene, welche die öffentliche Ordnung stören, werden in Gewahrsam genommen. In enger Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten und den Gesundheitsdiensten werden die notwendigen Infrastrukturen und die Grundlagen für die Verrechnung des Aufwandes geschaffen.

5.3.2 Prozesse

Umsetzung der lessons learned aus der EURO 08

Als Grundlage dienen die Fachberichte der Teilprojekte «Sicherheit» (polizeiliche und nicht-polizeiliche Sicherheit) und «Verkehr» sowie des Querschnittsbereichs «Kommunikation», welche die während der Vorbereitung und der Durchführung der UEFA EURO 2008 gemachten Erfahrungen widerspiegeln. Auf dieser Basis sollen für alle involvierten Dienstabteilungen und Bereiche nachhaltige Konsequenzen für den Alltag abgeleitet werden.

Standortbestimmung und Evaluation der erfolgten Neuausrichtungsprozesse und der daraus entstandenen neuen Strukturen der Dienstabteilungen

Die Dienstabteilung Verkehr feierte im Jahr 2008 ihr fünfjähriges Bestehen. Schutz & Rettung hat sich 2001 aus verschiedenen, früher autonomen Dienstabteilungen zusammengesetzt und umfasst seit 2008 auch die Rettungsdienste des Flughafens Zürich. Die Stadtpolizei schliesslich hat 2007 ihre Reorganisation «Stapo 200X» abgeschlossen. Für alle drei Restrukturierungen wird – allenfalls mit externer Unterstützung – eine Evaluation ausgearbeitet. Die Dienstchefs ziehen daraus die Konsequenzen und stellen der Departementsvorsteherin Antrag auf Modifizierungen.

Raumstrategie

Das Polizeidepartement konsolidiert die von den Dienstabteilungen für ihre Bedürfnisse definierten Strategien für Büroräume, Werkstätten etc. zu einer Gesamtschau.

Projektportfolio

Es sind die organisatorischen Vorbereitungen zu treffen, damit für sämtliche Projekte des Polizeidepartements und seiner Dienstabteilungen ein übersichtliches Portfolio entwickelt und unterhalten werden kann. Dies wird die Vorbereitungen für die rechtzeitige Bereitstellung der notwendigen Ressourcen sowie eine regelmässige und stufengerechte Beurteilung des Projektfortschrittes und der Projektrisiken erlauben.

Allgemeine Polizeiverordnung (APV)

Sobald das kantonale Polizeigesetz (PolG) in Kraft tritt, soll auf kommunaler Ebene die bereits vorbereitete, aber aufgrund der kantonalen Legiferierung sistierte Totalrevision der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) abgeschlossen werden. Die APV wird nach der internen Vernehmlassung an den Gemeinderat überwiesen.

5.3.3 Mitarbeitende

Nachfolge- und Nachwuchsplanung

Die Nachfolge- und Nachwuchs-Planungen auf der obersten Kaderstufe der Dienstabteilungen werden auf der Ebene des Departements koordiniert und konsolidiert.

Stabsarbeit

Die Mitglieder der Führungsstäbe für die Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen werden im Grundwissen der Stabsarbeit (Führungsrhythmus, Vorbereitung Entscheidungsfindung, Erstellen von Konzepten) ausgebildet.

5.3.4 Finanzen

Weiterverrechnung

Die Polizeieinsätze werden auf der Grundlage des Polizeigesetzes und einer städtischen Verordnung den Verursachenden verrechnet.

5.4 Jahresziele 2009 des Departementssekretariats

5.4.1 Bevölkerung/Kundschaft

Stärkung der Departementsleitung

Der Stab leistet seinen Beitrag, um die Departementsleitung in der Führung der Dienstabteilungen effizient zu unterstützen.

Beratungsstelle Submissionswesen

Es wird das Fachwissen aufgebaut, um den Dienstabteilungen in allen juristischen Fragen rund um das Submissionswesen Unterstützung anbieten zu können.

Koordinationsstelle IDG/IDV

Im Departementssekretariat ist eine Ansprechperson bestimmt, die die Dienstabteilungen bei der Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips gemäss dem neuen kantonalen Gesetz für Information und Datenschutz (IDG) und der Ausführungsverordnung (IDV) begleitet und berät.

5.4.2 Prozesse

Abkürzung des Dienstweges

Dort wo es sinnvoll und möglich ist, soll im Interesse der Effizienz und des Zeitgewinns der Dienstweg in der Zusammenarbeit zwischen Departementsleitung und Dienstabteilungen vereinfacht werden. Geschäfte, deren Erledigung direkt durch die Dienstabteilung erfolgen kann, sollen – immer unter Beachtung der Kompetenzordnung – im Einzelfall oder generell delegiert werden.

Triagestelle

Die Funktion der Kanzlei als zentrale Triagestelle innerhalb des Departementssekretariats soll gestärkt werden. Die Antworten der Dienstabteilungen auf Geschäfte, die formell (das heisst mit «Allonge») überwiesen werden, sind konsequent über die Kanzlei laufen zu lassen.

«actis»

Zwischen der Stadtkanzlei und dem Departementssekretariat sollen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit per 1. April 2010 die ECM (Enterprise Content Management)-Gesamtlösung «actis» für die Dokumentenbewirtschaftung sowie die Workflow- und Archivierungskomponenten eingeführt werden kann.

5.4.3 Mitarbeitende

Informationsfluss

Die Mitarbeitenden des Departementssekretariats werden via Sitzungswesen, Protokolle und Intranet besser über die Ereignisse im Departement ins Bild gesetzt.

Stärkung der Eigenverantwortung

Fachkompetenzen und Eigenverantwortung der Mitarbeitenden des Departementssekretariats werden durch die stufengerechte Delegation von Aufgaben anerkannt und gestärkt. Das vorhandene Potential wird vermehrt ausgenützt.

Strategie Stadtpolizei



Strategie Stadtpolizei



6.1 Strategische Schwerpunkte der Stadtpolizei

6.1.1 Bevölkerung/Kundschaft

Bevölkerungsnähe

Die Stapo erreicht durch schlanke und effiziente Prozesse/Strukturen eine kurze Reaktions- und Interventionszeit und eine hohe sichtbare Präsenz. Dies führt zu einer grossen Kundennähe, zu einer guten objektiven Sicherheit und einem hohen Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Kundenzufriedenheit

Die Kundenzufriedenheit wird durch die laufende Auswertung des Beschwerdemanagements sowie durch periodische Umfragen erhoben und ausgewertet.

Prävention

Der Präventionsarbeit wird ein hoher Stellenwert zugemessen. Die Erarbeitung von Konzepten und Massnahmen erfolgt durch Vernetzung innerhalb der Stadtpolizei und mit anderen Departementen. Die Abteilung Prävention gewährleistet dabei die Koordination.

Analyse

Die demographische und soziographische Entwicklung und der gesellschaftliche Wandel, insbesondere in den Stadtquartieren, werden laufend analysiert. Entsprechende Massnahmen werden frühzeitig getroffen.

3D-Strategie

Die Arbeitsweise der Stadtpolizei ist so auszurichten, dass neben der Leistung von

Interventionen der präventiv-repressive Charakter (insbesondere die sog. 3D-Strategie Dialog – Deeskalation – Durchgreifen) auch ausserhalb des unfriedlichen Ordnungsdienstes spürbar verstärkt wird.

6.1.2 Prozesse

Raumstrategie

Es wird eine zukunftsgerichtete Strategie Bauten umgesetzt, die sich an der Stadtentwicklung zu orientieren hat. Die Baustrukturen sollen den Arbeitsabläufen und der Nachfrage angepasst werden (vgl. hinten Ziff. 6.2.3).

Ausrüstung und Administration

Die tägliche Arbeit an der Polizeifront wird den Mitarbeitenden durch eine moderne technische Ausrüstung und eine Straffung der administrativen Aufgaben erleichtert.

Polizeiwissenschaften

Die Leistungen und Produkte des Wissenschaftlichen Dienstes (WD) und des Wissenschaftlichen Forschungsdienstes (WFD) verfügen über eine hohe Qualität. Diese ist bei der Zusammenlegung mit der Kriminaltechnischen Abteilung der Kantonspolizei (KTA) aufrecht zu erhalten und auszubauen (vgl. vorne Ziff. 5.2.6).

Katastrophenorganisation

Die neu definierten Prozesse werden eingeübt, konsolidiert und nötigenfalls justiert (vgl. vorne Ziff. 5.1.2).

Polizeipräsenz in der Nacht (Uniform und Detektive)

Die Voraussetzungen für eine verstärkte Polizeipräsenz in der Nacht (insbesondere an Wochenenden) werden geschaffen.

6.1.3 Mitarbeitende

Polizeischule

Die Polizeigrundausbildung (Polizist 1) wird mit der Kantonspolizei gemeinsam betrieben. Die übrige Ausbildung sowie die Weiterbildung sind im (Ausbildungszentrum Rohwiesen (AZR) unter Nutzung der Synergien mit Schutz & Rettung definiert (vgl. vorne Ziff. 5.2.7).

Kommunikation

Die Transparenz in der Kommunikation im internen Bereich wird weiter entwickelt, um das Vertrauen der Mitarbeitenden zu erhalten und zu stärken.

Führungskultur

Die Grundsätze der Führungskultur werden gelebt und eingefordert. Dabei wird die Führungsarbeit der Kader aller Stufen verbessert.

Motivation

Die Motivation der Mitarbeitenden wird durch einen verstärkten Informationsaustausch und durch mehr Frontnähe der Führungskräfte verbessert.

Aus- und Weiterbildung (Kader)

Durch die neu definierte und laufend aktualisierte Aus- und Weiterbildung wird ein hoher Ausbildungsstand und damit eine hohe Arbeitsqualität und Professionalität erreicht.

Gesundheitsförderung und Case Management

Die betriebliche Gesundheitsförderung und das Case Management haben einen hohen Stellenwert.

6.1.4 Finanzen**Cockpit**

Die SAP-Software (in Verbindung mit allen übrigen Applikationen) ist für die Bedürfnisse der Stadtpolizei zugeschnitten und definiert und unterstützt die Schaffung einer transparenten und nachvollziehbaren Budget- und Leistungsübersicht (Cockpitzahlen).

Synergien

Eine Zusammenarbeit mit andern Blaulichtorganisationen zur Auslastung von teuren Infrastrukturen ist zu fördern (z. B. Fahrsimulator).

6.2 Strategische Projekte der Stadtpolizei

6.2.1 Projekt «UP 4»: Aufnahme, Visualisierung und Neudefinierung der Kernprozesse

Nach der Aufnahme und Visualisierung sämtlicher Supportprozesse bei den Zentralen Diensten werden im Sinne einer Prioritätensetzung die Kernprozesse der Frontabteilungen aufgenommen, visualisiert und optimiert. Anschliessend werden die Support- und Führungsprozesse bei den Frontabteilungen aufgenommen, visualisiert und optimiert.

6.2.2 Entwicklungsgebiete: Auswirkungen auf die Polizeiarbeit (Zürich-Nord und Zürich-West)

Die mittel- und langfristige Entwicklung von Zürich-Nord und Zürich-West bezüglich Sicherheit, Städteplanung, Bevölkerungsentwicklung, Verkehrserschliessung, Soziodemographie, Wirtschaft, Ökologie und deren Folgen für die Stadtpolizei Zürich sowie die Quartierentwicklung werden aufgezeigt.

Vorschläge für eine mittel- und langfristige Planung zur nachhaltigen Steuerung der Sicherheit werden erarbeitet.

6.2.3 Räumliche Masterplanung: Mittel- und langfristige Planung und Bereitstellung der baulichen Infrastruktur

In Abhängigkeit der zu erwartenden neuen Aufgaben und den dafür notwendigen personellen Ressourcen sowie in Zusammenarbeit mit dem Amt für Hochbauten wird eine mittel- und langfristige Planung für die Bereitstellung der baulichen Infrastruktur erarbeitet.

6.2.4 Projekt «KALA»: Optimierung der Doktrinbausteine Stapo 200X in der Grundversorgung

In Anwendung der Doktrinbausteine «Stapo 200X» ist der Dauerbrennpunkt Langstrasse durch einen Pilot aufzulösen und von der Abteilung Brennpunkt in die Verantwortung der Grundversorgung (Kommissariat Industrie, Region West) zu übertragen. Auf der Basis der Pilot-Ergebnisse ist die Doktrin in der gesamten Grundversorgung umzusetzen.

6.2.5 Betriebliche Gesundheitsförderung

Die relevanten Schwerpunkte der Betrieblichen Gesundheitsförderung sind definiert. Die priorisierten Themenfelder werden unter Einbezug der Verantwortlichen sukzessive professionalisiert. Vorhandene Ressourcen (Personal und Finanzen) werden gezielt alloziert.

6.3 Jahresziele 2009 der Stadtpolizei

6.3.1 Bevölkerung/Kundschaft

Beschwerdemanagement

Das Beschwerdemanagement ist umgesetzt und trägt zur Optimierung der internen Prozesse bei.

Präventionsgremium für polizeiliche Sicherheit

Ein interdepartementales Präventionsgremium für polizeiliche Sicherheit unter Federführung der Stadtpolizei ist aktiv.

3D-Strategie/Community-Policing

Zur Verbesserung der Beziehung zwischen der Polizei und der Bevölkerung wird die 3D-Strategie in allen Belangen angewendet.

AED (Defibrillatoren)

Das Projekt «AED Stapo 2009» (Defibrillatoren auf allen Einsatzfahrzeugen der Uniformpolizei und in allen grösseren Polizeigebäuden) ist abgeschlossen und umgesetzt.

6.3.2 Prozesse

Projekt «UP 4»: Kunden- und Supportprozesse

Das Projekt zur Überprüfung der Kernprozesse der Frontabteilungen ist lanciert und die wesentlichsten Ist-Prozesse sind erfasst.

Projekt «KALA»: Optimierung der Grundversorgung

Die konzeptionellen Vorarbeiten für den Start Pilot Langstrasse sind abgeschlossen.

Reduktion Überzeit

Dank konsequenter Anwendung des Schichtdienst-Arbeitszeitmodell AZM-Flex Profi und E 3 ist die Effizienz der Frontarbeit weiter optimiert und die Überzeiten steigen nicht weiter an.

Raumstrategie

Die Masterplanung Stadtpolizei ist abgeschlossen und die ersten Massnahmen sind umgesetzt.

6.3.3 Mitarbeitende

Kommunikation

Die definierten Instrumente sind konsequent umgesetzt (z. B. Mail an alle, StapoNet, Stapo-Info).

Gesamtheitliches Denken und Handeln

Die Mitarbeitenden kennen die wesentlichsten Ziele der Abteilungen der Stadtpolizei. Damit wird das gesamtheitliche Denken und Handeln auf allen Stufen und die Identifikation der Mitarbeitenden mit der Stadtpolizei weiter gefestigt.

Gesundheitsförderung

Das Projekt Burnout ist abgeschlossen und umgesetzt. Die Anzahl und die Dauer der Absenzen sind reduziert. Die Erfahrungen des Case Managements sind berücksichtigt.

6.3.4 Finanzen

Controlling

Dank eines umfassenden Controllingsystems (insbesondere Leistungserfassung sowie Zeit- und Einsatzmanagement) ist eine optimale Ressourcenallokation (Kosten-/Nutzenverhältnis) erreicht.

Balanced Scorecard

Durch die Anwendung der Balanced Scorecard (BSC) ist die Abhängigkeit zwischen den durch die Strategie definierten Leistungen und den erforderlichen Mitteln aufgezeigt.

Strategie Schutz & Rettung

7.1 Strategische Schwerpunkte von Schutz & Rettung

7.1.1 Bevölkerung/Kundschaft

Bevölkerungsnahe

Schutz & Rettung (SRZ) erfüllt die vorgegebenen Interventionszeiten und leistet damit einen wesentlichen Beitrag an das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Kundenzufriedenheit

Die Kundenzufriedenheit wird aufgrund der Anspruchsgruppen gezielt mittels Kunden- und Partnerpflege überprüft und optimiert.

E-Government

Mit der Bereitstellung von Informationen für Einheiten der Milizformationen wird deren Arbeit laufend verbessert.

Prävention

Durch gezielte Ausbildungsaktivitäten (interner und externer Partner und in den Schulen) sowie den in den gesetzlichen Grundlagen bestehenden Normen des Brandschutzes wird der Prävention umfassend Rechnung getragen.

7.1.2 Prozesse

Qualitätsmanagement

Durch die Einführung von ISO 9001:2000 wird der Qualitätssicherung von Prozessen umfassend Rechnung getragen. Neben der Förderung des betrieblichen Gesamtverständnisses wird sichergestellt, dass die Arbeitseffizienz in hohem Masse verbessert werden kann.

Ausrichtung von Schutz & Rettung durch das Konzept SRZ 2010 auf die zukünftigen Herausforderungen

SRZ muss gewährleisten, dass die neuen Stadtteile mit gleich hohem Standard für alle Sicherheitsdienstleistungen abgedeckt werden. Das bedingt eine entsprechende Struktur sowie angepasste Ausbildungsmodulare. Den zunehmenden Sicherheitsanforderungen soll durch eine weitere Professionalisierung der Katastrophen-Organisation begegnet werden. Die Bewältigung besonderer Lagen ist schwerpunktmässig zu planen und zu üben.

Informatik

Vereinheitlichung der EDV-Plattform und der Umsetzung des Informatik-Gesamtkonzeptes.

Stützpunktkonzept

Durch die Übernahme der Rettungsorganisationen der Unique (Flughafen Zürich AG) verfügt SRZ über einen Stützpunkt Nord. Damit wird das Einhalten der Hilfsfristen von Feuerwehr und Sanität in den nördlichen Stadtquartieren (Affoltern, Seebach, Oerlikon, Schwamendingen) langfristig sichergestellt. Neben den Stützpunkten Süd und Nord sollen zwei Wachen «Ost» und «West» realisiert werden, um damit eine zusätzliche Einsatzoptimierung sicherstellen zu können.

7.1.3 Mitarbeitende

Ausbildung

Die Ausbildung des neuen Berufs «Berufsretter/in» (Kombination von Feuerwehr- und Sanitätskompetenzen) wird vorangetrieben und der polyvalente Einsatz mittels Qualitätssicherungssystem überprüft. Die Erkenntnisse entscheiden über notwendige Anpassungen. Eine Weiterführung der Berufsretterausbildung wird angestrebt.

7.1.4 Finanzen

Kosten- und Leistungsrechnung

Mit der Einführung von SAP wird eine umfassende Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt, die bei Bedarf umfassende Reportings (Kennzahlen) ermöglicht.

7.2 Strategische Projekte von Schutz & Rettung

7.2.1 Medizinische Notfall-Plattform

Prüfung der Möglichkeiten zur Integration der ärztlichen Notfalldienste in die Einsatzleitzentralen von SRZ: Soll die Notrufzentrale im Interesse des Kundenbedürfnisses, via eine Nummer Auskunft zu allen medizinischen Dienstleistungen zu erhalten, zur umfassenden medizinischen Plattform werden?

7.2.2 Sicherheit für Senioren

Realisierung des Projektes Sicherheitsangebot für alleinstehende Seniorinnen und Senioren in Zusammenarbeit mit den Betroffenen, um die rasche Unterstützung durch Rettungsdienste in Notfällen zu optimieren und um das Sicherheitsgefühl von alleinstehenden Seniorinnen und Senioren zu steigern.

7.2.3 Umbau ELZ Nord und Zusammenführung der beiden ELZ («ELZ-ZH 2011»)

In der Folge der Übernahme der Rettungsorganisationen und der Einsatzleitzentrale des Flughafens werden unterschiedliche Systeme an den beiden Standorten betrieben. Durch die Zusammenführung der beiden Zentralen (Nord und Süd) sollen Daten konsolidiert, Prozesse optimiert und der Aufwand für den Betrieb verringert werden (vgl. vorne Ziff. 5.2.9).

7.2.4 Standortstrategie

Mit der 2008 vorgenommenen Integration der Rettungsorganisation des Flughafens verteilen sich die personell dauerhaft besetzten Stützpunkte der Berufsfeuerwehr, der Sanitätswachen und der Logistik heute auf neun Standorte über das gesamte Stadtgebiet. Bei einem Teil dieser Standorte ist der Fortbestand ungesichert. Bei fast allen Liegen-schaften von SRZ besteht eine ausgeprägte Flächenknappheit. Die Standortstrategie bis 2023 soll verfeinert und weiterverfolgt werden.

7.3 Jahresziele 2009 von Schutz & Rettung

7.3.1 Bevölkerung/Kundschaft

Kunden- und Partnerpflege

Das 2008 entwickelte Konzept zur Kunden- und Partnerpflege wird konsequent um-gesetzt.

7.3.2 Prozesse

Berufsretter

Auf Basis des zu erstellenden «Einsatzkonzept Berufsretter» sind Möglichkeiten umzu-setzen, um Belastungsspitzen besser abwickeln zu können.

Grossanlässe

Einsatzkonzept Grossanlässe: Modularer Aufbau eines Angebotskataloges zur Bewäl-tigung der Grossanlässe für alle Einsatzformationen von SRZ in enger Zusammenarbeit mit anderen beteiligten Dienstabteilungen.

Qualitätsmanagement

Zertifizierung nach ISO 9001:2000 sowie Umsetzung eines umfassenden Qualitätsma-nagements nach dem Modell EFQM (European Foundation for Quality Management).

Milizfeuerwehr

Durchführung einer Reorganisation aufgrund des Konzeptes der im Jahr 2008 gewonne-nen Erkenntnisse zur besseren Versorgung des Einsatzgebietes.

7.3.3 Mitarbeitende

Personalentwicklung

Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes unter Berücksichtigung der gleichstellungsrelevanten Aspekte. Entwicklung älterer Mitarbeitenden sowie Sicherstellung einer Nachfolge- und Karriereplanung.

Mitarbeitendenbefragung

Definition und Umsetzung von Massnahmen aus der Personalumfrage 2007 sowie Durchführung einer Befragung Ende 2009.

Führung und Leadership

Integration der Führungsleitsätze SRZ in die tägliche Führungsarbeit mit Unterstützung von Kursen für die unteren und mittleren Kader aufbauend auf den Leadership-Ausbildungen.

«Change»: Die Fusionsziele im Zusammenhang mit der Integration Stützpunkt Nord werden in der Linie optimiert. Der Change-Prozess wird weitergeführt. Alle Kaderstufen werden miteinbezogen und setzen die Vorgaben aktiv um.

7.3.4 Finanzen

Controlling

Einführung eines umfassenden Controllings mittels Kosten- und Leistungsrechnung mit Trimester-Reportings. In diesem Zusammenhang werden die aus den Kennzahlen ermittelten Erkenntnisse analysiert und wenn nötig Massnahmen festgelegt.



Strategie

Dienstabteilung Verkehr

Strategie

Dienstabteilung Verkehr



8.1 Strategische Schwerpunkte der Dienstabteilung Verkehr

8.1.1 Bevölkerung/Kundschaft

Bevölkerungsnähe

Mit einer transparenten Informationspolitik und der guten Vernetzung mit den Gewerbe- und Quartiervereinen werden alltagstaugliche Verkehrslösungen für alle Mobilitätsformen gefunden.

Kundenzufriedenheit

Die Mobilität und die Gewährleistung der Verkehrssicherheit werden in enger Zusammenarbeit mit Partnern der Stadtverwaltung und den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Zürich laufend überprüft und optimiert.

E-Government

Die elektronische Bereitstellung von aktuellen Informationen, Bewilligungsverfahren und Produkten im Internet (Online Shop), runden unsere umfassende Dienstleistung ab.

8.1.2 Prozesse

Gewährleistung eines vorbildlichen und innovativen Verkehrsmanagements

Die Dienstabteilung Verkehr (DAV) ist dafür besorgt, dass die Stadt Zürich auch künftig über ein vorbildliches Verkehrsmanagement verfügt. Das Fachwissen der Mitarbeitenden ist laufend zu verbessern und nutzbar zu machen. Die Projektleiter sind insbesondere im

Bereich Konzeption zu schulen. Das heutige Verkehrsmanagement wird permanent verbessert. Flankierend dazu ist das moderne Verkehrsinformationssystem weiterzuentwickeln.

Mitarbeit bei Verkehrsprojekten

In allen Verkehrsprojekten werden die Anliegen des Verkehrsmanagements proaktiv eingebracht. In den Entscheidungsprozessen für Verkehrsprojekte werden die Position der Projektleiter der DAV gestärkt.

Verkehrsmanagement Schweiz (VM-CH) – Regionale Leitzentrale Verkehrsraum Zürich (RL-VRZ)

Im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) ist der Bund zukünftig für das Verkehrsmanagement auf den Nationalstrassen zuständig. Ansprechpartner des Bundes sind die Kantone, die aufgefordert sind, mit den Städten ihrer Regionen zusammen zu arbeiten. Die Stadt Zürich nimmt bei diesem Thema eine spezielle Stellung ein. Zum einen ist sie mit der angrenzenden Agglomeration durch Verkehrsmanagementpläne (VMP) für die Alltagsmobilität seit Jahren bestens vernetzt, und zum anderen berücksichtigen die VMPs die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs und das Offenhalten der Interventions- und Rettungswege. Innerhalb der RL-VRZ erarbeitet die Stadt Zürich zusammen mit dem Kanton Grundsätze für die Leitzentrale in der Region Zürich, die den Interessen der Stadt Zürich entsprechen.

8.1.3 Mitarbeitende

Das Wissen der Mitarbeitenden aktuell halten, um Veränderungen im Aufgabengebiet der DAV zu erfüllen.

Durch regelmässiges Überprüfen und Vereinfachen der Prozesse Personalressourcen für die Erledigung neuer Aufgaben generieren.

Mit der kontinuierlichen Entwicklung der technischen Hilfsmittel das wachsende Aufgabenvolumen erfüllen.

8.1.4 Finanzen

Planungsgrundlagen für den «Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)» optimieren und dadurch Diskrepanz Finanzplan - Budget vermindern.

Die Betriebsrechnungen «Parkgebühren» und «Blaue Zonen» auf einem ausgewogenen Stand halten, um die Finanzierung der Infrastruktur sicherzustellen. Die Einnahmefälle durch den weiteren Abbau von oberirdischen Parkplätzen mit einer Gebührener-

höhung auffangen. Die Kontrollgebühren der Anwohner- und Gewerbeparkkarten langfristig am Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip anpassen. Serviceleistungen werden durch den Einsatz von E-Government-Lösungen für die Kunden verbessert.

8.2 Strategische Projekte der Dienstabteilung Verkehr

8.2.1 Trendscanning

Die Analyse verkehrsrelevanter Trends mit Einfluss auf die Stadt Zürich wurde von der GL der DAV weiter bearbeitet. Als Folge dieser Analyse hat diese zwei wichtige Handlungsfelder eruiert und in zwei neue strategische Projekte überführt: Innovationsmanagement und Simulierungs- bzw. Modellierungskompetenz. Innovationen sollen in der DAV dauerhaft gefördert werden, sowohl mit internen Möglichkeiten, als auch mit einer projektorientierten Zusammenarbeit mit Hochschulen. Im Speziellen gilt dies für die Umsetzung der DAV-Schwerpunktt Themen Sensorik-Entwicklung und Parkraumbewirtschaftung. Die Simulierungs- bzw. Modellierungskompetenz als Kernkompetenz der DAV soll in Zukunft innerhalb der DAV gestärkt werden. Im Verlaufe des Jahres 2008 wurden diese neuen strategischen Projekte als Ablösung/Folge des Trendscanner-Projekts konzipiert.

8.2.2 Verkehrscontrolling/wirkungsorientierte Prüfung verkehrstechnischer Massnahmen

Durch Verkehrsmessungen und Geschwindigkeitsmessungen werden Grundlagen ermittelt, die den Bedarf an baulichen und/oder organisatorischen Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit aufzeigen. Zusätzlichen Bestandteil bilden Vorher-/Nachher-Analysen.

8.2.3 Verkehrstechnische Abstimmung Agglomeration und Stadt Zürich; Verkehrsmanagement im Verbund mit den Nachbargemeinden

Durch das Projekt «Verkehrstechnische Abstimmung Agglomeration Zürich» wird eine enge Zusammenarbeit mit den Agglomerationsgemeinden in verkehrstechnischer Hinsicht realisiert. Die thematische Führungsstellung innerhalb der Verwaltung ist gewährleistet.

8.2.4 Leitung der stadtinternen Expertengruppe Verkehrsmanagement

Um eine umfassende und zukunftsgerichtete Beurteilung vornehmen zu können und damit die Position der Stadt im Verkehrsmanagement zu stärken, haben die Direktoren der DAV, des TAZ und der VBZ entschieden, basierend auf der Mobilitätsstrategie der Stadt Zürich, eine «Expertengruppe Verkehrsmanagement» (EG VM) zu bilden. Sie soll die konsolidierte Meinungsbildung der Stadt als Ganzes stärken und die notwendigen Grundlagen für die entsprechenden Entscheidungsgremien der Stadtverwaltung erarbeiten und vorschlagen.

8.3 Jahresziele 2009 der Dienstabteilung Verkehr

8.3.1 Bevölkerung/Kundschaft

Road Pricing

Prüfung der Möglichkeiten zur Einführung einer Abgabe auf städtischem Transitschwerverkehr unter besonderer Berücksichtigung der neusten Entwicklungen bezüglich der versuchsweisen Einführung von Roadpricing in der Schweiz im Rahmen der Mitwirkung der DAV in der städtischen AG «Roadpricing» zuhanden der Umweltdelegation Stadt Zürich.

8.3.2 Prozesse

Verkehrsmanagement

Die Anliegen des Verkehrsmanagements der Stadt Zürich sind in der Gesamtbetrachtung Verkehrsmanagement Schweiz berücksichtigt.

Kommunikation

Die Kommunikation in den Schwerpunkt-Projekten (verkehrstechnische Aufwertung der Langstrasse und Umgebung im Kreis 5, verkehrsmässige Aufwertung Meierhofplatz/Höngg, Instandstellung der Hardbrücke, Tram Zürich West/Umbau Pfingstweidstrasse, Flankierende Massnahmen Westumfahrung Zürich im Zusammenhang mit der Eröffnung des Uetlibergtunnels) wird proaktiv wahrgenommen.

Kontrolle ruhender Verkehr

Das Zusammenwirken im Thema der «Kontrolle ruhender Verkehr» zwischen der Abteilung Sonderleistungen der Stadtpolizei und der DAV ist vereinbart.

Prozessmanagement

Das neue Prozessmanagement ist in der DAV kommuniziert, geschult und umgesetzt.

Berichterstattung

Die standardisierte Berichterstattung über die wichtigsten Verkehrsthemen ist erstellt.

8.3.3 Mitarbeitende

Führungsgrundsätze

Die Führungsgrundsätze der DAV sind weiterentwickelt und finden Eingang in die Betriebskultur.

8.3.4 Finanzen

Budgettreue

Die Budgetvorgaben 2009 in den Produktgruppen (DAV, Blaue Zonen, Parkgebühren) werden mittels SAP (Standard-Anwendungsprogramm) optimal bewirtschaftet, eingehalten und stufengerecht kommuniziert.

Strategie Stadtrichteramt



Strategie Stadtrichteramt

9.1 Strategische Schwerpunkte des Stadtrichteramts

9.1.1 Bevölkerung/Kundschaft

Kompetenzzentrum Übertretungsstrafrecht im urbanen Umfeld

Vertretung der Interessen und Bedürfnisse einer urbanen Bevölkerung sowie der speziellen Anliegen einer Grossstadt in Gesetzgebung und Rechtsprechung auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene. Weitere Konsolidierung des Stadtrichteramtes (StRA) als Kompetenzzentrum für Übertretungsstrafrecht und Übertretungsstrafrisprozessrecht mit mindestens kantonaler Bedeutung. Engagierte Mitarbeit bei entsprechenden Projekten.

9.1.2 Prozesse

Überprüfung Organisation und Abläufe Infrastruktur; elektronische Vernetzung mit behördlichen Partnerorganisationen

Prioritäre Planung und schrittweiser Aufbau elektronischer Schnittstellen zu allen Partnern, denen im Übertretungsstrafverfahren eine Behördenfunktion zukommt. Dazu gehören vor allem die kantonalen Behörden (Staatsanwaltschaften, Statthalterämter, Kantonspolizei) und die Stadtpolizei mit dem Unfalltechnischen Dienst, der Zentralstelle für Verkehrs- und Ordnungsbussen sowie den Rapportverfügungsstellen.

Globale Verfolgung von Übertretungsdelikten

Bewältigung der durch die konsequente Verfolgung der im Ausland wohnhaften fehlbaren Verkehrsteilnehmenden durch die ZVO (Zentralstelle für Verkehrs- und Ordnungsbussen).

bussen). Zusätzlich anfallende Fälle im eigenen Zuständigkeitsbereich sollen möglichst unter Verzicht auf Ressourcenerweiterungen verarbeitet werden.

9.1.3 Mitarbeitende

Aus- und Weiterbildung

Die akademische und nichtakademische Aus- und Weiterbildung wird konsequent sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht gefördert.

Gesundheitsförderung und Case Management

Der betrieblichen Gesundheitsförderung und dem Case Management wird im Rahmen der einschlägigen Vorgaben besondere Beachtung geschenkt.

9.1.4 Finanzen

Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip

Der stadtrichteramtliche Finanzumsatz ist weitgehend fremdbestimmt. Gerade deshalb ist unter Berücksichtigung auch der ortspolizeilichen Aufwendungen dem Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip besondere Beachtung zu schenken.

Verlustscheinbewirtschaftung

Aufgrund der bisherigen sehr positiven Erfahrungen geht das StRA davon aus, dass das Verlustscheininkasso ab 2010 bis 2012 mit jährlich jeweils zwei Vollzeitstellen erweitert werden kann. Unter diesen Voraussetzungen sind bei gleich bleibenden Rahmenbedingungen konsolidierte Jahreseinnahmen von über 3 Mio. CHF zu erzielen.

Bussenkompetenz

Mit dem Inkrafttreten des Neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches und der kantonalen Prozessgesetze bleibt die Spruchkompetenz des Stadtrichters unverändert bei CHF 500.00. Dennoch soll eine Erhöhung im Zusammenhang mit der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung mit nochmaliger vorgängiger wirtschaftlicher Evaluation der dannzumal real existierenden Rahmenbedingungen erneut geprüft werden.

9.2 Strategische Projekte des Stadtrichteramts

9.2.1 «Verlustscheinbewirtschaftung»

Das Projektdesign ist abgeschlossen und abgerechnet. Das Zahlenmaterial 2008 ist die zuverlässige und aussagekräftige Basis für den Entscheid über das weitere Vorgehen. Die auf das Jahr 2008 vorgesehene Evaluation ist deshalb erst im Jahr 2009 möglich. Gestützt auf die bisherigen Erfahrungen ist ein Ergebnis zu erwarten, das eine personelle und räumliche Erweiterung des Verlustscheininkassos als geboten erscheinen lässt. Die Evaluation und die Erweiterung werden durch eine neue Projektorganisation begleitet.

9.3 Jahresziele 2009 des Stadtrichteramts

9.3.1 Bevölkerung/Kundschaft

Verlustscheinbewirtschaftung

Bis Ende 2009 sind alle Verlustscheine der dafür vorgesehenen Dienstabteilungen übernommen. Einzige Ausnahme bilden die Sozialen Dienste, weil beim StRA weder die personellen noch die räumlichen Ressourcen für die Übernahme der geschätzten ca. 10'000 Verlustscheine vorhanden sind. Zusammen mit den Sozialen Diensten ist die Übernahme dieser Verlustscheine nach Ausbau des Verlustscheininkassos ab dem Jahre 2010 konzeptionell anzugehen.

9.3.2 Prozesse

Rückführung in eine REMO-Dienstabteilung

Vorbereitung und Sicherstellung der Rückführung des StRA von einem WOV¹²-Piloten in eine normale REMO¹³-Dienstabteilung, so dass ab 1. Januar 2010 sowohl die Rechnungslegung als auch die Budgetierung nach REMO reibungslos funktioniert.

¹² Wirkungsorientierte Verwaltungsführung

¹³ Rechnungsmodell

SAP

SAP wird per 1. Januar 2009 eingeführt. Der reibungslose Betrieb ist in der Folge durch stetige Anwendung, Ausbildung und Elimination von Applikationsdefiziten im Austausch mit Dritten so schnell wie möglich zu erreichen.

Verlustscheinbewirtschaftung

Die Evaluation bezüglich der Wirtschaftlichkeit wird gestützt auf die im Jahr 2008 erarbeiteten Grundlagen durchgeführt. Bei einem (erwarteten) positiven Ergebnis wird die Projektorganisation für die personelle und räumliche Erweiterung des Verlustscheininkassos und die Übernahme der Verlustscheine der restlichen Dienstabteilungen aufgebaut und operationell.

Die Reorganisation der Dokumentenvorlagen und der hinterlegten Prozesse wird durchgeführt.

Gesetzesnovellen

Weitere Konsolidierung der Änderungen im Zusammenhang mit der Einführung des Neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches und der Zürcher Strafrechtspflegegesetzgebung. Herstellung von Rechtssicherheit und Förderung einer einheitlichen Praxis im Einflussbereich des Stadtrichteramtes. Vorbereitung auf die Anwendung der neuen APV (Allgemeine Polizeiverordnung).

Einführung Schweizerische Strafprozessordnung

Mit der Inkraftsetzung dieser ersten, gesamtschweizerisch einheitlichen Strafprozessordnung ist im Jahre 2011 zu rechnen. Aktive Mitarbeit bei der Vorbereitung der Einführung. Behauptung als kommunale Übertretungsstrafbehörde in einer revidierten Behördenorganisation mit Vertretung auch der urbanen Interessen in Gesetzgebung und Rechtsprechung auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene.

Schnittstelle zum Unfalltechnischen Dienst (UTD) der Stadtpolizei

Konsequente Weiterverfolgung und nach Möglichkeit Abschluss des Projektes mit dem Ziel, Zugriff auf alle Fotos der UTD-Bilderdatenbank zu erlangen, die im StRA pendente Geschäfte betreffen. Einrichtung einer Möglichkeit, die gewünschten Bildausschnitte selbst zu wählen und vergrössert auszudrucken oder entsprechend anliefern zu lassen.

IT

SAP wird per 1. Januar 2009 eingeführt. Die Abläufe sind konsolidiert und der reibungslose Betrieb sichergestellt. Vorantreiben des Ausbaus der Schnittstelle zur ZVO mit dem Ziel, auch Aktenergänzungen durch die ZVO (Anforderung von digitalen Fotos, Einholung von Nachtragsrapporten etc.) mit einem der Rückweisung ähnlichen Verfügungstyp und Verfahren papierlos darüber abwickeln zu können. Die Stadtpolizei ist in die Lage versetzt,

stadtrichteramtliche Verfügungen rund um die Uhr direkt ab Applikationen des Stadtrichteramtes auszudrucken und den Adressaten auszuhändigen. Die Büroarbeitsplätze (Vista/Office 2007) sind erneuert, und die Individualdaten sowie das digitale Archiv reorganisiert.

9.3.3 Mitarbeitende

Konsolidierung

Alle technischen und rechtlichen Neuerungen und Veränderungen sind sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht etabliert und das Vertrauen in die Abläufe gefestigt, so dass die Schweizerische StPO per 1. Januar 2011 auf einer stabilen und zuverlässigen Basis eingeführt werden kann.

9.3.4 Finanzen

Verlustscheinbewirtschaftung

Der Fachbereich Verlustscheininkasso erzielt Jahreseinnahmen von über 2 Mio. CHF.

Stadt Zürich
Polizeidepartement

Amtshaus 1
Postfach
8021 Zürich

www.stadt-zuerich.ch/pd